

GEMEINSAME ERKLÄRUNG DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DER TÜRKEI / ML UND DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS

"Rote Fahne" Nr. 168 . . . 20 Seiten . . . S 5,-

Kritik an der revisionistischen Theorie und Praxis des KB

Diese Kritik des KB (Nord) Westdeutschlands trifft in vielen Beziehungen auf alle Spielarten der "Kommunistischer Bund" genannten Wurmfortsätze der Studentenbewegung zu WESTBERLINER KOMMUNIST Nr. 10 und 12 (Nov./Dez. 1979) zusammen 126 Seiten . . . S 38,-

MAO TSETUNG

AUSGEWÄHLTE

MILITÄRISCHE SCHRIFTEN

Authentische Ausgabe des Jahres 1969 . . . 490 Seiten . . . nur S 38,-

Alle Literaturbestellungen erbeten an:

Walter Hofmann
Homburger Landstr. 52
6000 FRANKFURT/MAIN

Zentraler Literaturdienst
1151 WIEN
Postfach 82

E.H. Kargo
Monumentenstr. 37
1000 WESTBERLIN 82

Eigentümer: Marxistisch-Leninistische Partei Österreichs (MLPÖ).
Herausgeber, Verleger sowie für Druck und Inhalt verantwortlich: Franz Strobl.
Administration und Vertrieb: Erica Larnicka. Alle: 1150 Wien, Goldschlagstraße 64

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Rote Fahne

ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS

Nummer 181

2. Ausgabe 1980

Preis S 10,-

480 MILLIONEN S STEUERGELDER FÜR DIE "SANIERUNG"
VON REAKTION UND FASCHISMUS IN DER TÜRKEI ? NEIN!

Was geht in der Türkei vor?

Seit langem vergeht kaum eine Woche, in der nicht neue erregende Nachrichten aus der Türkei ein treffen - Nachrichten von umfangreichen und ungemein brutalen faschistischen Unterdrückungs- und Terroraktionen gegen die unter unbeschreiblichen Bedingungen lebenden Volksmassen der Türkei, gegen revolutionäre Organisationen, insbesondere auch gegen die TKP/ML und die TIKKO*- Nachrichten aber auch über den trotz allen faschistischen Terrors zunehmenden Widerstand, über großartige Kampfaktionen, Massendemonstrationen und Streiks bis hin zu bewaffneten Aktionen.

Seit dem blutigen faschistischen Massaker in der türkischen Stadt Kahramanmaraş, bei dem mehrere hundert Menschen hingerichtet wurden, hat sich die blutige faschistische Repression in der

Türkei weiter verschärft. Erst Mitte Februar horchte die Welt wieder auf über die Ereignisse in Izmir, wo in einer regelrechten Kriegsaktion 10.000 türkische Soldaten mit Panzern und Hubschraubern eingesetzt wurden, um eine von streikenden Arbeitern besetzte Fabrik zu stürmen. Und während wir dies schreiben, gehen die Nachrichten von großangelegten Militärmanövern in der Türkei über den Äther, wobei sich der türkische Generalstabschef, General Evren, beeilt, der Welt mitzuteilen, die Manö-

AUS DEM INHALT

Die Situation in der Türkei und die Interessen der österreichischen Arbeiterklasse

Unterstützt die Aufklärungswochen über die Türkei!

Chauvinistische Gipfelleistungen aus Vorarlberg

Solidarität mit dem Volk AFGHANISTANS, aber nicht mit seinen falschen Freunden!

Brief der Organisation zum Aufbau der KP Afghanistans/ML "Akhgar"

* TKP/ML - Kommunistische Partei der Türkei/ML, TIKKO - Arbeiter- und Bauern-Befreiungsarmee der Türkei unter Führung der TKP/ML.

ver hätten keinerlei Zusammenhang mit der gegenwärtigen internationalen Lage, sondern seien eine rein innenpolitische Maßnahme zur "Sicherung der Ruhe und Ordnung" im Land.

Eben in einer solchen Situation steigt nun die große "Sanierungsaktion" der westlichen imperialistischen Mächte für den "kranken Mann am Bosphorus". Bei dieser sogenannten "Hilfs- und Sanierungsaktion", bei der die amerikanischen und westdeutschen Imperialisten das Oberkommando führen, geht es darum, innerhalb von 5 Jahren Beträge von 10 bis 12 Milliarden Dollar in die Türkei zu pumpen, um dort die "Bemühungen der Regierung um Ruhe, Ordnung und Prosperität zu unterstützen" und "stabile Verhältnisse" zu schaffen. Im Klartext bedeutet es den Versuch, in der Türkei - koste es, was es wolle - die Konterrevolution zu "stabilisieren", den halbkolonialen Zustand der Türkei zu

"konsolidieren", die "Ruhe und Ordnung" des Faschismus zu erhalten und den ganzen Staat als "Eckpfeiler der NATO" restlos gleichzuschalten und zu reibungslosem Funktionieren zu bringen.

Der für das arbeitende österreichische Volk empörendste und es unmittelbar betreffende Aspekt der Sache ist, daß die Kreisky-Regierung zugesagt hat, Österreich werde sich mit einem Betrag von 480 Millionen Schilling am "Sanierungswerk" beteiligen!

Nahezu eine halbe Milliarde S will die sogenannte "sozialistische" Regierung unseres Landes also zur Stützung von Reaktion und Konterrevolution, zur Finanzierung eines NATO-Stützpunkts "anlegen", während sie die arbeitende Bevölkerung Österreichs nicht nur ununterbrochen auffordert, den Gürtel enger zu schnallen, sondern ihn ihr in immer neuen Vorstößen und ständig zunehmendem Maß zusammenzieht, während die Zahl der unterhalb der Armutsgrenze lebenden Menschen unseres Landes wächst, die Preise, Steuern und Abgaben steigen, die Staatsverschuldung rapide ansteigt usw.

Doch es geht bei weitem nicht nur und nicht vor allem um diese Gelder, die dem arbeitenden Volk für reaktionäre Zwecke abgepreßt werden. Es geht um unvergleichlich mehr: Jeder einzelne aus den Mühen und dem Schweiß der arbeitenden Menschen unseres Landes gepreßte Schilling, der für die imperialistischen Abenteuer der österreichischen Bourgeoisie, für die Verstärkung und Verewigung der Unterdrückung und Ausbeutung anderer Völker, für die Stützung der Konterrevolution und des Faschismus in anderen Ländern, für die Interessen imperialistischer Kriegs-

Abonnieren Sie

Rote Fahne

Zentralorgan der Marxistisch-Leninistischen Partei Österreichs (MLPÖ)

Jährlich erscheinen etwa 10 Nummern

Inlandsabonnement für 10 Nummern S 85,-

Auslandsabonnement im Direktversand ö.S 205,-

Österr. Postscheckkonto Nr. 1738481

blöcke wie die NATO usw. ausgegeben wird - jeder einzelne solche Schilling belastet die österreichische Arbeiterklasse und das ganze arbeitende Volk unseres Landes mit einer schweren Verantwortung, macht es an den imperialistischen Verbrechen der "eigenen" Bourgeoisie mitschuldig!

In der 1.österreichischen Republik nach 1918 hat es die Arbeiterklasse unseres Landes bitter erfahren, was "Sanierung" durch die ausländischen Imperialisten bedeutet, daß sie Abbau und Beseitigung der sozialen und demokratischen Errungenschaften, Aufpöpelung der Konterrevolution und des Faschismus bedeutet. Soll sie nun zulassen, daß aus ihrer Hände Arbeit stammende riesige Mittel zu einer noch viel schlimmeren, unvergleichlich brutaleren konterrevolutionären "Sanierung" in der Türkei verwendet werden?

Die Beteiligung an der "Türkei-Sanierungsaktion" ist ein weiteres imperialistisches Verbrechen in der an solchen Verbrechen wahrlich nicht armen Geschichte der österreichischen Bourgeoisie.

Es ist die unabdingbare internationalistische Pflicht der österreichischen Arbeiterklasse und ein zwingendes Gebot ihrer eigenen Interessen, sich einem solchen Verbrechen energisch entgegenzustellen, es nicht zuzulassen!

Die Tatsache, daß die herrschende Klasse in Österreich, die Großbourgeoisie, und ihre "sozialistische" Regierung darangehen, ihre schmutzigen Finger immer mehr auch in die Türkei auszustrecken und sich immer umfangreicher an deren halbkolonialer Ausbeutung zu beteiligen, verpflichtet die fortschrittlichen Kräfte unseres Landes, ihr Augenmerk viel stärker als bisher auf die Vorgänge in diesem Land zu lenken, über die dort vor sich gehenden Kämpfe nicht nur mehr als bisher zu informieren, sondern vor allem wirksame Formen konkreter kämpferischer proletarischer Solidarität mit den revolutionären Kräften der Türkei zu entwickeln.

Diesen Zielen dient auch der folgende Artikel, den ein Mitarbeiter der RF-Redaktion auf grund von Materialien und Berichten unserer Bruderpartei aus der Türkei, der T K P / M L , verfaßt hat.



Im Dezember kam es in Istanbul, in Ankara und in anderen Städten der Türkei trotz des bestehenden Kriegsrechtes zu machtvollen Demonstrationen anlässlich des Jahrestages des "Massakers von Kahramanmaraş". Dieses vom 22. bis 26. Dezember 1978 dauernde Massaker war ein Pogrom an der Zivilbevölkerung der kurdischen Stadt Kahramanmaraş durchgeführt von der faschistischen MHP (Partei der nationalistischen Bewegung) und unterstützt durch die damals noch von der Ecevit-Regierung befehligten Polizei- und Armeeeinheiten.

Zum Jahrestag dieses Massakers hatte zunächst die von den Revisionisten der "TKP" (Kommunistische Partei der Türkei) geleitete Lehrerergewerkschaft TÖB-DER zum Streik aufgerufen. Die Demirel-Regierung beantwortete diesen Streikaufruf mit der Drohung, daß alle, die in den Streik treten, sofort entlassen würden. Die revisionistischen Gewerkschaftsführer kapitulierten daraufhin und bliesen den Streik ab. Trotzdem propagierten einige Unterorganisationen der Gewerkschaft weiterhin den Streik. Vom 24. bis 26. Dezember (das sind in der Türkei keine Feiertage) wurden

fast sämtliche Schulen des Landes bestreikt. In Istanbul, Ankara, Izmir und den ostanatolischen Städten streikten die Lehrer, in den übrigen Regionen streikten die Schüler.

Es kam zu Demonstrationen, die infolge des herrschenden Kriegsrechtes alle illegal waren. Die Polizei- und Armeeeinheiten gingen entsprechend brutal gegen die Streikenden und Demonstrierenden vor. Einzelne Schulen wurden durch Rollkommandos überfallen, allein in Istanbul wurden über 4000 Lehrer und Schüler vorübergehend verhaftet. Bei den zum Teil blutigen Auseinandersetzungen wurden zumindest 15 Menschen von den Repressionskräften ermordet. Gegen rund 5000 Lehrer wurden Disziplinarverfahren eingeleitet, in Istanbul wurden inzwischen bereits fast 2000 entlassen.

Im Januar kam es in Zweigniederlassungen der staatseigenen Fabrik T a r i s in der Stadt I z m i r zu spontanen Protesten und Arbeitsniederlegungen. Die von der Demirel-Regierung neu eingesetzte Fabrikdirektion hatte als Antrittsleistung die Entlassung einer Reihe von fortschrittlichen und revolutionären Arbeitern angeordnet. Am 22. Januar überfielen Polizeieinheiten das Werk der Ölverarbeitung und das Werk der Baumwollspinnerei, unter dem Vorwand, daß es in der Fabrik Waffen gäbe. Beide Werke liegen mitten in den Slumvierteln Cimentepe und Gültepe, in denen revolutionäre Organisationen arbeiten und großen Einfluß haben. Die Arbeiter der Frühschicht der beiden Werke setzten sich gegen den Polizeiüberfall zur Wehr, die Bewohner der Slumviertel unterstützten sie, und der Angriff der Polizeieinheiten konnte zurückgeschlagen werden. Als Antwort auf diesen Angriff besetzten die Arbeiter die beiden Werke unter den Losungen "Keine Entlassungen der revolutionären Arbeiter!" und "Gegen die Repressionsmaßnahmen!"

Der Kampf der Arbeiter bei T a r i s

löste rasch eine breite Solidaritätsbewegung aus. Am 23. Januar, einen Tag nach dem Angriff der Polizeieinheiten auf die Werke von T a r i s, traten die Studenten der Universität von Izmir in den Streik. Sie führten eine machtvolle Demonstration durch und blockierten alle Auto- und Bahnzufahrtswege nach Izmir.

Zugleich umzingelten die Gendarmerie-Einheiten die Universität, wobei sie rücksichtslos von ihren Waffen Gebrauch machten. Es kam zu blutigen Auseinandersetzungen. Zwei Tage lang konnten sich die Studenten in der Universität verteidigen, dann wurden sie überwältigt. Die Universität wurde von Armeeeinheiten besetzt. 700 Studenten wurden verhaftet. Der Kampf der Studenten galt der Solidarisierung mit den Arbeitern von T a r i s.

In den Slumvierteln Cimentepe und Gültepe verliefen die weiteren Tage ständig in bewaffneten Auseinandersetzungen der Bewohner mit den bewaffneten Formationen des faschistischen Staates. In der Stadt fanden zahlreiche "Piratenmeetings" statt - Kundgebungen, die illegal sind, und sozusagen fliegend 5 Minuten lang stattfinden - auf denen vom Kampf der Arbeiter von T a r i s berichtet und zur Solidarität mit ihm aufgerufen wurde. Alle diese Kundgebungen, Demonstrationen und Aktionen fanden trotz der Bedingungen des Kriegsrechtes statt, die faktisch bereits herrschten, wenn dieses auch erst kurze Zeit später offiziell verhängt wurde. (Bis dahin war Izmir die letzte größere Stadt der Türkei, in der es offiziell noch nicht herrschte.)

Zu Solidaritätsstreiks und Kundgebungen der Solidarität mit dem gerechten Kampf der Arbeiter von T a r i s kam es nicht nur in Izmir, sondern in fast allen Städten der Türkei. In I s t a n b u l traten die Klein Händler in den Streik, der gesamte Kleinhandel kam für 3 Tage zum Erliegen. Die Klein Händler forderten Unterstützung

der Arbeiter von T a r i s und Kampf gegen die Preiserhöhungen. Die Gendarmerie überfiel die streikenden Klein Händler in ihren Wohnungen und zwang sie, oft mit vorgehaltener Maschinenpistole, ihr Geschäft zu öffnen. Die Faschisten der MHP begleiteten diese Terrormaßnahmen mit der ultimativen Losung: "Öffne den Laden und hisse die Fahne!"

Die Besetzung der Werke von T a r i s in Izmir durch die Arbeiter dauerte 15 Tage, dann holten die Repressionskräfte zu einem vernichtenden Schlag aus. Die Demirel-Regierung beschloß ein Exempel zu statuieren und zu zeigen, daß sie auch vor regelrechten Kriegshandlungen gegen das eigene Volk nicht zurückschreckt. Am 15. Tag der Fabrikbesetzung startete sie eine großangelegte militärische Aktion, um die Werke zu erobern. Mit Hubschraubern, Panzern und Armeeeinheiten - selbst die Demirel-freundliche westliche Presse spricht von rund 10.000 Mann - legten sie einen festen Ring um die zwei Slumviertel, in denen sich die Werke befinden. Nach dem "Blockhaussystem", wurde der Ring immer enger und enger gezogen, bis die zwei Fabriken unter Kontrolle der Armee waren.

Etwa 2000 Arbeiter wurden verhaftet und wie Vieh ins Fußballstadion von Izmir getrieben, dort gelang festgehalten, brutal ver-

hört und grausam gefoltert. Rund 500 wurden auf unbestimmte Zeit in die Gefängnisse und Zuchthäuser des Regimes gebracht.

Aber auch nach der Besetzung der T a r i swerke durch das Militär hörten die Solidaritätsstreiks mit den direkt betroffenen T a r i s-Arbeitern nicht auf. Aus Solidarität traten die Arbeiter anderer Zweigniederlassungen der T a r i swerke ebenfalls in den Streik, so im Margarinekombinat und in der Parfumfabrik. Die Arbeiter der weinverarbeitenden Fabrik von T a r i s antworteten mit der Besetzung ihrer Fabrik.

Die Streiks und Kämpfe der Arbeiter und Studenten von Izmir, all die mächtigen Demonstrationen zum Jahrestag des faschistischen Massakers von Kahramanmaraş, sind n u r z w e i Ereignisse der letzten Zeit, die ein Schlaglicht auf die aktuellen Klassenkämpfe in der Türkei werfen. Das herrschende Regime der Kompradoren und Großgrundbesitzer übt eine immer brutalere und massivere Unterdrückung und Knechtung der werktätigen Volksmassen der Türkei aus, unterwirft die Arbeiter, Bauern und werktätigen Massen einer ins Maßlose verschärften Ausbeutung, treibt mit seiner bankrotten Politik die Massen in immer größeres Elend. Doch es ist außerstande, den Widerstand des Volkes zu brechen. Im Gegenteil. Je mehr die



Über die ganze Türkei verstreut gibt es mehr als 100 Kriegsstützpunkte der USA-Imperialisten und der NATO

faschistische Repression zunimmt, umso mehr wächst auch dieser Widerstand, umso mehr nehmen die Kämpfe der Arbeiter, Bauern und werktätigen Massen zu, umso mehr gewinnen ihre Forderungen politischen Charakter, umso mehr bege-

nen sie dem staatlichen Gewaltapparat mit revolutionärer Gewalt, seinen bewaffneten Aktionen mit ihren militanten und bewaffneten Kämpfen. Immer klarer erkennen sie, daß es keine andere Wahl gibt.

DAS HERRSCHENDE, VOM IMPERIALISMUS ABHÄNGIGE KOMPRADOREN- UND GROSSGRUNDBESITZER-REGIME DER TÜRKEI TAUMELT VON EINER SCHWEREN KRISE IN

DIE ANDERE

Das in der Türkei herrschende Regime der Kompradoren und Großgrundbesitzer ist von den imperialistischen Mächten vollständig abhängig. Die Kommandohöhen der Industrie, der Fabriken und Werke, der Banken etc. befinden sich in der Verfügungsgewalt oder unter Kontrolle der imperialistischen Mächte, allen voran der U S - I m p e r i a l i - s t e n und der w e s t d e u t - s c h e n I m p e r i a l i - s t e n. Sie halten die Türkei in halbkolonialer Abhängigkeit.

Aufgrund dieser Abhängigkeit ist die Industrie der Türkei nicht in der Lage, auch nur die nötigsten

Gebrauchsgüter zu produzieren, wenn sie von den Imperialisten keine Kredite, Maschinen, Ersatzteile oder vorgefertigte Teile für die Endproduktion erhält. In der Türkei wurde durch die Kompradorenbourgeoisie keine eigene Industrie aufgebaut, sondern wurden nur bestimmte Industriezweige entwickelt, die den Interessen der Imperialisten entsprachen. So bestehen die Industrieanlagen der Türkei im wesentlichen aus Montagebetrieben und Verpackungsbetrieben, die für die Imperialisten ausserordentlich profitträchtig sind, da sie die billigen und weitgehend rechtlosen Arbeitskräfte in der Türkei hemmungslos auspressen können. Bedeutsam ist die Türkei in ökonomischer Hinsicht für die Imperialisten auch als Sprungbrett zur Erschließung der arabischen Märkte, die mit den in der Türkei endgefertigten Produkten erobert werden sollen.

So wie in der Türkei keine eigene Industrie aufgebaut wurde, so wurden dort auch keinerlei Energievorkommen ausgenutzt, bzw. erschlossen, obwohl es sehr viele natürliche Ressourcen gibt, wie Kohlevorkommen, Wasserkraft für Stromgewinnung etc. Der Imperialismus hat die von ihm abhängige Industrie der Türkei ausschließlich auf E r d ö l aufgebaut, das in der Türkei nicht gewonnen wird. Dieses Vorgehen scheint widersinnig, doch für die Imperialisten ist es außerordentlich profitabel. Sie bauten in der Türkei 2 Raffinerien, beliefern diese mit ihrem Rohöl und verkaufen dann



Verhaftung bei der Demonstration zum Jahrestag des faschistischen Pogroms in Kahramanmaraş. Um die Büttel unkenntlich zu machen, retuschiert die bürgerliche Presse ihre Gesichter mit weißer Farbe weg.

die verarbeiteten Produkte auf dem türkischen Markt zu erhöhtem Preis. Für den türkischen Staat bedeutet das einen ständigen ungeheuer großen Aufwand an D e v i - s e n, um die von den Erdölmonopolen diktierten Preise bezahlen zu können. Um diese Devisen zu be-



Auch die schußbereiten Maschinenpistolen der türkischen "Ordnungshüter" können die für ihre Rechte kämpfenden Arbeiter der Türkei nicht einschüchtern

schaffen, muß die Türkei ihre Rohstoffe und wenigen Exportgüter oft unter ungünstigsten Bedingungen verschleudern und verschärft sich ihre Abhängigkeit von den westlichen Imperialisten.

Die ständige Preistreiberei der Erdölmonopole, die zu einer starken Teuerung fast aller wesentlichen Produkte auf dem türkischen Markt führte, hatte auch eine horrende und weiter rasch wachsende V e r s c h u l - d u n g der Türkei zur Folge. Die Auslandsverschuldung beträgt bereits 19 Milliarden US-Dollar, das Außenhandelsdefizit über 2,3 Milliarden Dollar. Die verstärkten Auslandsanleihen heizen den Kreislauf der weiteren Verschuldung weiter an. Schon jetzt muß der Großteil der neuen Anleihen benutzt werden, um die alten Schulden zu tilgen bzw. die Zinsen zu bezahlen.

So ist es kein Wunder wenn die I n f l a t i o n immer neue Rekordhöhen erreicht. Nach Angaben der Demirel-Regierung betrug sie

im vergangenen Jahr 125%. Für das arbeitende Volk der Türkei sind die Folgen katastrophal. Wichtige Lebensmittel wie Margarine, Kaffee usw., Bedarfsgüter wie Propan- gas, Kohle, usw. ja sogar Glühbirnen gibt es nur noch zu fast unerschwinglichen Preisen auf dem Schwarzmarkt. Lange Schlangen vor Geschäften wartender Menschen, die hoffen, das eine oder andere Lebensmittel doch noch legal kaufen zu können, die nicht nur Stunden, sondern sogar Tage wartend zubringen, gehören mittlerweile zum täglichen Straßenbild.

Die türkische Lira wird beständig abgewertet. Unter der Regierung Ecevit betrug die A b w e r - t u n g in 22 Monaten 65%, seit Demirel im November die Regierung übernommen hat, wurde bereits wieder um 40% abgewertet. Für die Imperialisten bietet das phantastische Möglichkeiten, aus einem Minimum von Kapitalexporten ein Maximum von Profiten zu schlagen und mit relativ geringen Mitteln die Wirtschaft der Türkei noch mehr in ihren Besitz, bzw. unter ihr Kommando zu bringen.

Zu den Preissteigerungen, zur Entwertung des Geldes, zur wachsenden Staatsverschuldung, zum wirtschaftlichen Ausverkauf des ganzen Landes etc. kommt noch eine enorme und weiter steigende A r -



Türkisches Militär hält gefangengenommene Bauern in Schach. Die Soldaten sind mit westdeutschen G-3-Gewehren bewaffnet

beitslosigkeit:
4 Millionen Werktätige, das sind 25% der arbeitsfähigen Bevölkerung der Türkei sind arbeitslos!

Auch die Lage der Bauern, die in der Türkei 60% der Bevölkerung bilden, wird zusehends unerträglicher. Auf den Bauern der Türkei lastet noch das Joch weitgehend feudaler Ausbeutungsverhältnisse. Die Mehrheit der Bauern ist landlos. Sie müssen sich entweder als Tagelöhner verdienen, die auf Menschenmärkten von den Großgrundbesitzern gemietet werden, oder sie pachten sich Land und Produktionsmittel von den Großgrundbesitzern, müssen dafür aber den Großteil der Ernte als Pacht bezahlen. Gestützt auf die Landgendarmerie treiben die Großgrundbesitzer unerbittlich ihre Pacht ein, unterdrücken sie jedes Aufbegehren gegen die unerträglichen Pachtbedingungen mit brutalster Gewalt.

Der Imperialismus hat diese feudalen Ausbeutungsverhältnisse nicht aufgehoben, nicht durch kapitalistische ersetzt, sondern sie konserviert und zu einem zusätzlichen Stützpfeiler seiner Herrschaft gemacht. Indem er die landwirtschaftliche Produktion der Türkei unter Beibehaltung der feudalen Ausbeutungsformen in den kapitalistischen Weltmarkt einbezo-

gen hat, hat er deren ursprüngliche Grenzen beseitigt und sie bis zum Exzeß gesteigert. Im vergangenen Winter hat zu all dem der Mangel an Heizöl bzw. dessen unerschwinglicher Preis viele Bauern furchtbar getroffen. In diesem harten, bitterkalten Winter, in dem zahllose Bauernfamilien, ja ganze Dörfer ohne jedes Heizmaterial waren, sind viele Menschen erfroren und haben oft Bauern samt ihren Frauen und Kindern den Tod gefunden.

Ebenso verschlechtert sich die Lage der städtischen Kleinbürger, der Kleinhändler und Angestellten rapide. Die Unzufriedenheit mit dem Regime wächst daher auch in diesen Schichten. Als die Schiffsverbindungen zwischen dem europäischen und dem asiatischen Teil Istanbuls, Arbeitsweg vieler kleiner Angestellter und Kleinhändler, um 400% teurer wurden, boykottierten diese 15 Tage lang den Fahrkartenkauf und benutzten die Schiffe, ohne zu zahlen. Die Regierung setzte die Armee ein. Das Militär besetzte die Ein- und Ausgänge und nahm selbst die Fahrkartenkontrollen vor. Es kam zu blutigen Zwischenfällen. Doch in der Folge wurde die ursprüngliche Preiserhöhung von 400% auf "nur" 100% reduziert.

BEI DER VERSCHÄRFUNG DER ZWISCHENIMPERIALISTISCHEN WIDERSPRÜCHE IM NAHEN OSTEN NIMMT DIE TÜRKEI EINE WICHTIGE ROLLE EIN

Die Volkserhebung im Iran gegen das verhaßte Schahregime, die auch der Herrschaft des US-Imperialismus dort schwere Schläge versetzt hat, sowie die militärische Okkupation Afghans durch den russischen Sozialimperialismus haben die Widersprüche zwischen den imperialistischen Großmächten im Nahen Osten, in ihrem Ringen nach neuen oder zur Sicherung ihrer alten Einflusssphären bedeutend verschärft. In diesem Zusammenhang sind auch die gemeinsamen Maßnahmen der westlichen Im-

perialisten zur "Stabilisierung der Lage in der Türkei" zu sehen.

Selbstverständlich verfolgen die westlichen Imperialisten mit ihren verschiedenen "Türkeihilfsprogrammen" sehr umfangreiche wirtschaftliche und politische Ziele. Mittels ihrer Kapitalexperte und Investitionen bereiten sie den Weg für eine verstärkte Ausplünderung der werktätigen Massen der Türkei, für noch mehr Profite aus der halbkolonialen Ausbeutung des Landes und versuchen sie die

politischen Verhältnisse, die schwankende Macht der Kompradoren und Grundherren zu stützen, die ihnen ihre Profitmöglichkeiten gewährleisten.

Doch die Türkei hat für die Imperialisten nicht nur enorme wirtschaftliche und politische, sondern darüber hinaus auch eine besondere militärische Bedeutung. Die Türkei ist für die NATO der vorgeschobenste Posten im Nahen Osten und sie besitzt eine direkte Grenze zum russischen Sozialimperialismus. Sie ist ein Brückenkopf zwischen den Balkanländern und dem Nahen Osten. Die Türkei ist bekanntlich in die NATO eingegliedert, die dort über 100 militärische Basen besitzt. Zudem verfügen die US-Imperialisten in

der Türkei direkt über eine stattliche Anzahl von nuklearen Raketenbasen, Luftwaffenstützpunkten und Waffendepots.

Aufgrund der Zypernkrise hatten die US-Imperialisten zwar seit 1974 ein offizielles Waffenembargo gegen die Türkei verhängt und war auch ihre Tätigkeit auf den Luftwaffenbasen offiziell eingeschränkt, doch in der Realität hatte das nicht viel zu bedeuten. Die Waffenlieferungen gingen dennoch weiter, sie nahmen nur einen Umweg über Westdeutschland. Seit Jänner sind nun unter Berufung auf die "Nahost-Krise" auch die letzten offiziellen Schranken des Waffenembargos gefallen. Die US-Imperialisten sind darüber hinaus mit dem Demirel-Regime in Verhandlungen getreten, um ihren Plan eines Militärbündnisses zwischen



Die Kriegaktion der türkischen Armee zur Einkreisung der beiden Slum-Viertel Cimentepe und Gültepe in Izmir und zur Eroberung der von den Arbeitern besetzten TARIS-Werke

der Türkei, Ägypten, Saudi Arabien und Israel unter ihrem Oberkommando durchzusetzen.

Auch die westdeutschen Imperialisten versuchen mit allen Mitteln, ihre militärische Präsenz in der Türkei auszubauen. Sie machen dem amerikanischen Imperialismus nicht nur in ökonomischer Hinsicht den Platz

als stärkste Macht in der Türkei streitig, sondern treten auch auf militärischem Gebiet in zunehmender Konkurrenz zu ihm. Ein Beweis dafür sind die jüngsten Verhandlungen von Bonner Regierungsbeauftragten in der Türkei, die Waffenlieferungen im Wert von fast einer Milliarde DM zusicherten.

Trotz aller Widersprüche unter-

DAS MASSAKER VON KAHRAMANMARASCH VOM DEZEMBER 1978

Man schreibt Dezember 1978. In der Türkei ist Ecevit an der Regierung. Das Kriegsrecht ist noch nicht verhängt, aber wird schon vorbereitet. Vorläufig herrscht das "zivile Kriegsrecht". Die Klassenkämpfe haben sich an verschiedenen Fronten zugespitzt, die Widersprüche innerhalb der herrschenden Klassen haben sich ebenfalls verschärft und entzündeten sich vor allem an der Frage, wie die Klassenkämpfe wirkungsvoller unterdrückt werden können. Die Entwicklung im Iran hat auch die herrschenden Klassen in der Türkei in Aufregung versetzt.

In dieser Situation benutzen die herrschenden Klassen, wie in schon so vielen Fällen, die faschistischen Stoßtrupps der MHP-Faschisten, um in der Unterdrückung zweigleisig vorzugehen, einerseits die staatliche Unterdrückung zu forcieren, andererseits die zivilen faschistischen Organisationen als Stoßtrupp zu verwenden.

So auch in Kahramanmarasch. Am 18. Dezember wird von einem Faschisten in einem Kino, in dem ein faschistischer Film läuft, eine Bombe gelegt. (Als der Täter später ausfindig gemacht wird, stellt sich heraus, daß er MHP-Mitglied ist.) Einige Leute werden verletzt. Die Faschisten benutzen diese Provokation, um eine Pogromhetze gegen die Linken, die Kommunisten, die diesen Anschlag angeblich verübt hätten, zu entfalten. Sie streuen das Gerücht aus, daß bei dem Anschlag hunderte Menschen ums Leben gekommen seien. Am nächsten Tag werden von den Faschisten als "Vergeltung" zwei linksge-

richtete Lehrer ermordet. Als die Ermordeten beerdigt werden, überfallen die Faschisten den Trauerzug und schießen in die Menge. In Kahramanmarasch beginnt ein Pogrom der bewaffneten faschistischen Formationen gegen alle Linken, fortschrittlichen und revolutionären Menschen bzw. gegen alle die dafür gehalten werden. Nach offiziellen Angaben werden zumindest 200 Menschen ermordet und über 1000 schwer verletzt.

Die Faschisten nutzen bei ihrer Pogromhetze die religiösen und nationalen Widersprüche, die es in Kahramanmarasch in der Bevölkerung gibt, hemmungslos aus. So leben in Kahramanmarasch vor allem Angehörige der kurdischen Nation, die meist auch dem schiitischen Glauben angehören, während die Angehörigen der türkischen Nation meist sunnitischen Glaubens sind. Der von den Herrschenden genährte und geschürte Chauvinismus gegenüber den nichttürkischen Nationalitäten kann von den faschistischen Terrorkommandos dazu benutzt werden, auch Teile der türkischen Bevölkerung zu verhetzen und auf ihre Seite zu ziehen.

Das Pogrom der Faschisten in Kahramanmarasch dauert 4 Tage und hinterläßt eine total verwüstete Stadt und zahllose grausam gefolterte und geschundene Menschen. Am vierten Tag übernimmt die Armee das Kommando über Kahramanmarasch und verhängt das Kriegsrecht. Unter dem Vorwand der Suche nach den "Schuldigen" am Pogrom und ihrer Bestrafung setzt sich der faschistische Terror de facto fort. □

einander sind sich die westlichen Imperialisten darin einig, daß es um jeden Preis gilt, in der Türkei eine Entwicklung wie im Iran abzuwenden, da dies eine Bedrohung aller ihrer Interessen wäre.

So beschloßen die Regierungschefs der imperialistischen Großmächte England, USA, Frankreich und Westdeutschland 1979 in G u a d e l o u p e ein "Türkeihilfsprogramm", das unter anderem den weiteren Ausbau des türkischen Armeeparates vorsieht, sowie diverse wirtschaftliche Maßnahmen, die zu einem besseren Funktionieren der halbkolonialen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung in der Türkei führen sollten. Charakteristisch für dieses "Stabilisierungsprogramm" sind die folgenden drei Stoßrichtungen:

- Weitere Abwertung der türkischen Lira
- Sofortiger Lohnstopp
- Wiederherstellung von "Ruhe und Ordnung" durch energische Unterdrückung der Arbeiterbewegung und der Kämpfe der werktätigen Massen.

Neben den westlichen Imperialisten versuchen auch die russischen Sozialimperialisten in der Türkei Einfluß zu erlangen und in Konkurrenz zu den

anderen imperialistischen Großmächten um die Vorherrschaft in der Türkei zu treten. Die russischen Sozialimperialisten versuchen vor allen Dingen, durch direkte Investitionen im Staatssektor Fuß zu fassen. Ideologische Schützenhilfe erhalten sie dabei von ihrer direkten Agentur in der Türkei, der "Kommunistischen Partei der Türkei" (TKP), die behauptet, daß der staatliche Sektor einen halbsozialistischen Charakter trage und benützt werden könne, um den privatkapitalistischen Sektor "zurückzudrängen" und so zur Unabhängigkeit der Türkei vom Imperialismus zu gelangen.



Panzerwagen rücken gegen die von den Studenten der Stadt IZMIR errichteten Barrikaden vor

ECEVIT UND DEMIREL - BEIDE HANDLANGER DES FASCHISTISCHEN KOMPRADOREN- UND GROSSGRUNDBESITZER-REGIMES

Die Ecevit-Regierung, 22 Monate lang ausführendes Regierungsorgan des Kompradoren- und Großgrundbesitzer-Regimes, hatte im Herbst letzten Jahres bereits auf katastrophale Weise abgewirtschaftet. Alle vor den Wahlen gegebenen Zusicherungen hatten sich binnen kürzester Frist als leere Versprechungen und Lügen erwiesen. Ecevit und seine Partei, die CHP (Republikanische Volkspartei) hatten propagiert: "Weder Unterdrücker noch Unterdrückte". „Für ein

menschliches gerechtes System", "Wohlstand für alle" usw. Doch in der Wirklichkeit wurden die Reichen immer nur reicher und die Armen noch ärmer. Sie hatten "Demokratie für alle" versprochen. Doch in der Wirklichkeit kam der Faschismus heraus, wurden Streiks blutig niedergeschlagen usw. Großsprecherisch hatten sie eine Außenpolitik versprochen, die "den Türken entsprechenden Respekt" einbringen werde. Doch in Wirklichkeit zeigte sich Ecevit als

elender Lakai, der bei seinen imperialistischen Oberherren ständig um neue Kredite bettelte und dafür zu jeder Schurkerei bereit war. Sie waren angetreten mit der Parole "Wir werden die Faschisten zur Rechenschaft ziehen". Doch nicht einmal ein Jahr danach, im Dezember 1978, verhängten sie in 13 Provinzen das Kriegsrecht, wobei sie im Parlament gemeinsam mit

den Faschisten der MSP und MHP stimmten. In Kahramanmaraş schützten ihre Armee- und Polizeieinheiten die Faschisten und gaben ihnen bei ihrem grauenhaften Massaker aktive Unterstützung. Im Februar 1979 dehnte die Ecevit-Regierung das Kriegsrecht sogar noch auf sechs weitere Provinzen aus. Die linke Demagogie Ecevits und seiner Partei, der CHP (Repu-

DAS "1. MAI"-VIERTEL IN ISTANBUL

Das "1. Mai"-Viertel ist ein Slumbezirk am Rande Istanbuls. Es leben hier 150.000 Menschen in Hütten, die aus Steinen, Holz und Blech über Nacht fast aus dem Nichts errichtet werden. Sie haben kein Wasser, keinen Strom, es fehlen jegliche hygienische Einrichtungen. Wie alle Slumviertel der Großstädte der Türkei wurde auch das "1. Mai"-Viertel durch Besiedelung von brachliegendem städtischem oder privatem Grund von Arbeitern, Bauern und kleinen Angestellten errichtet, die infolge der verheerenden Wohnungsnot nirgends sonst eine Bleibe fanden. Zum großen Teil sind es Arbeiter und landlose Bauern, die aus den ländlichen Gebieten in die Großstädte abwandern, die in den Slums wohnen. Wenn sie auf dem Dorf keine Lebensmöglichkeit mehr finden, ist ihre letzte Hoffnung, vielleicht in der Stadt für sich und ihre Familien eine Überlebenschance zu finden. Da sie praktisch mittellos sind und nur die wenigsten von ihnen Arbeit finden, bleibt ihnen nur der Weg in die Slums.

Über die Hälfte der Bevölkerung der Großstädte der Türkei lebt in solchen Slumvierteln.

Die Herrschenden, voll verantwortlich nicht nur für die ungeheure Wohnungsnot, sondern für das entsetzliche Elend der Massen überhaupt, pochen auf die Gesetze. Die Errichtung der Slum-Hütten und der Slums überhaupt ist in der Regel "nicht legal", daher werden immer wieder Polizei, Panzer und Bulldozer eingesetzt, um Slumviertel zu räumen und niederzureißen, werden die Bewohner der Slumviertel aus ihren notdürftigen Unterkünften vertrieben,

ihre Hütten niedergewalzt und dem Erdboden gleichgemacht. Die Folge ist, daß die Betroffenen irgendein anderes Slum-Viertel vergrößern oder ein neues errichten müssen, noch elender und menschenunwürdiger als das vorige - bis sie auch von dort vertrieben werden.

Anders ist die Geschichte der Bewohner des "1. Mai"-Viertels. Es war 1977, als die faschistische Gendarmerie dieses Viertel zum erstenmal umzingelte und besetzte, die Bewohner mit Maschinenpistolen im Anschlag aufforderte, die Hütten unverzüglich zu räumen, während schwere Bulldozer bereits begannen, die Hütten niederzuwalzen. Aber die Bewohner des "1. Mai"-Viertels setzten sich unter der Führung der TKP/ML zur Wehr. Mit fast nichts als Holzknüppeln und Stangen bewaffnet, leisteten sie einen erbitterten Widerstand und wichen vor dem faschistischen Terror nicht zurück. 12 Menschen wurden von der Gendarmerie ermordet, sogar 2 Babys umgebracht, 360 Bewohner verhaftet und tagelang brutal mißhandelt. Aber trotz alledem konnte die Staatsgewalt ihr Ziel, den Widerstand der Bewohner des "1. Mai"-Viertels zu brechen und das Viertel zu schleifen, nicht erreichen.

Zunächst mußte die Polizei zurückstehen, doch sie gab noch nicht auf. Die Herrschenden versuchten es nun mit anderen Mitteln. Sie setzten faschistische Banden ein, die das "1. Mai"-Viertel überfielen und die Bewohner tyrannisierten. Bei einem dieser Über-

blikanische Volkspartei), erwies sich als das, was sie war: ein einziges Lügengebäude, um die Massen zu betrügen. Ecevit war und ist nichts anderes als ein willfähriger Handlanger der herrschenden Klassen. Ungeachtet dessen, daß sie sich "sozialdemokratisch" gebärdete, übte die Ecevit-Regierung eine faschistische

Diktatur im Auftrag der herrschenden Klassen der Türkei und des Imperialismus aus.

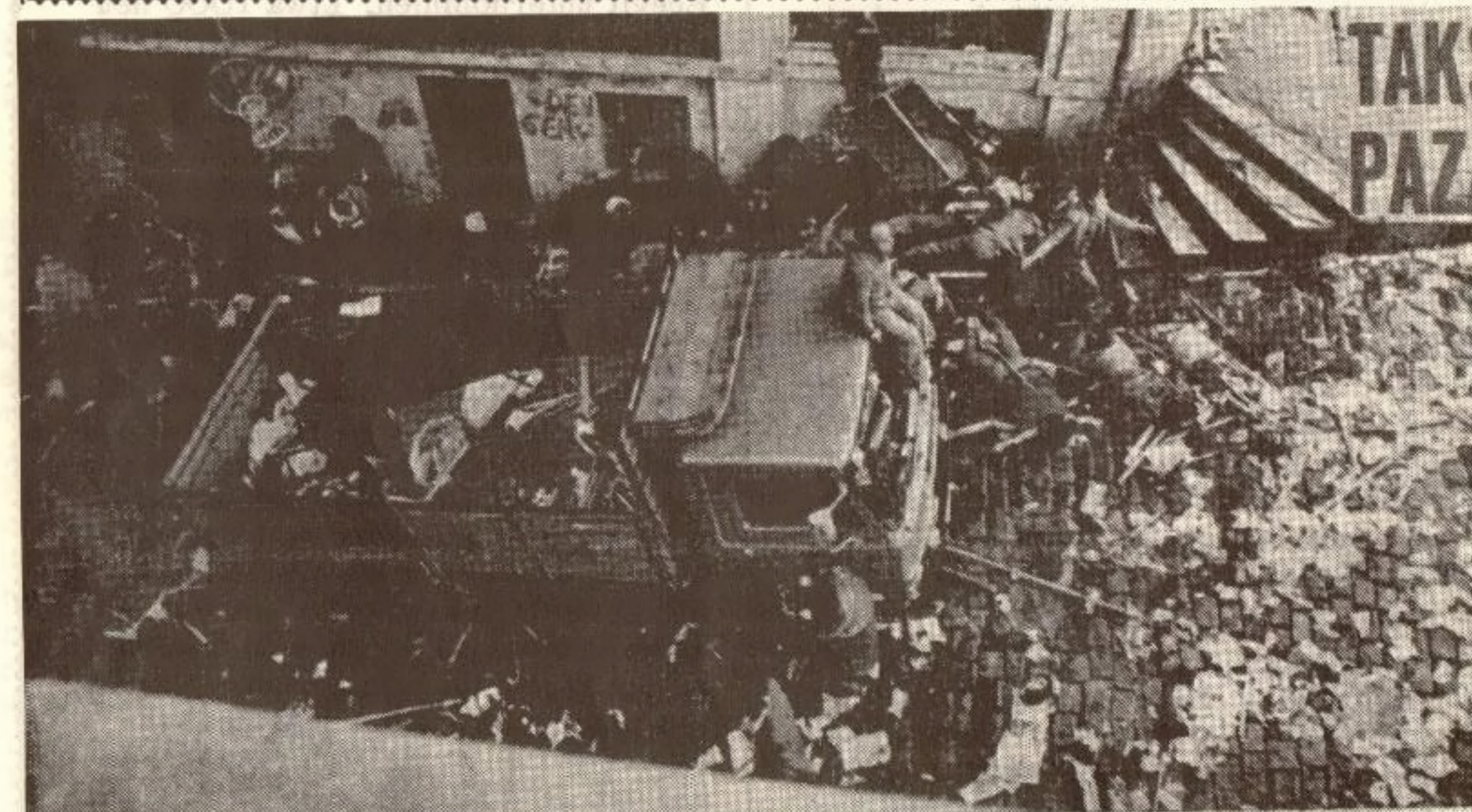
Die Ecevit-Regierung entlarvte sich rasch und damit schwand in starkem Maß das Vertrauen der Volksmassen in die sogenannten "demokratischen Institutionen". So suchten denn die herrschenden Klassen die Wahlen im Oktober vor

fälle fielen zwei Faschisten den Bewohnern in die Hände und da diese wußten, daß es lächerlich gewesen wäre, die Verbrecher der Polizei zu übergeben und auf ihre Bestrafung zu hoffen, haben sie sie selber bestraft - der Schwere ihrer Verbrechen und der Härte der Verhältnisse entsprechend: mit dem Tode. Das Echo auf dieses Ereignis bei den Reaktionären aller Sorten, bei den Faschisten und dem sie schützenden Staat war ungeheuer. Außer sich vor Wut eröffneten sie eine die ganze Türkei erfassende beispiellose Hetzkampagne gegen alles, was nicht eindeutig auf ihrer Seite stand.

Zugleich führte die Regierung eine neuerliche Besetzung des "1. Mai"-Viertels durch. 80.000 Soldaten be-

setzten das Viertel, jedes Haus wurde durchsucht, die meisten verwüstet, 400 Bewohner wurden neuerlich verhaftet. Doch auch diesem Mammut-Einsatz gelang es nicht, das "1. Mai"-Viertel für immer zu liquidieren. Wenige Zeit später war es wiedererstanden.

Begleitet wurden diese faschistischen Aktionen von einer wilden Kampagne der offiziellen Stellen und der ganzen reaktionären Presse insbesondere gegen die TKP/ML, wobei sich die Sozialchauvinisten von "Aydinlik" (Drei-Welten-Theoretiker), die "TKP"-Revisionisten und die opportunistischen Gruppen einschließlich "Halkin Kurtulusu" dieser Hetze weitgehend anschlossen. Sie be-



Zur Aufrechterhaltung des Gedenkens an das faschistische Massaker vom 1. Mai 1977 in Istanbul, bei dem 34 Menschen ermordet wurden, haben die Bewohner des Slum-Viertels Örnektepe ihr Viertel in "1. MAI"-VIERTEL umbenannt. Unser Foto zeigt eine Szene nach dem Überfall von Polizei und Militär auf das "1. Mai"-Viertel

allen Dingen dazu zu benutzen, eine ideologische Offensive zu starten, um dieses Vertrauen der Volksmassen widerzuerlangen. Die Wahlen wurden als eine Grundsatzentscheidung "Für oder gegen die Demokratie" aufgezogen. Die Parole war "Es kommt nicht so sehr darauf an, was ihr wählt, sondern daß ihr wählt!" Dabei griffen sie wie eh und je zum Mittel des faschistischen Terrors, um diese "Grundsatzentscheidung" günstig für sich ausfallen zu lassen. Anlässlich der Wahlen wurde sämtliche revolutionäre Propaganda verboten, wurden alle bis dahin legalen Zeitungen revolutionärer oder demokratischer Ausrichtung am Erscheinen gehindert bzw. in die Illegalität getrieben. Der formelle Eigentümer

und der presserechtlich Verantwortliche der marxistisch-leninistischen Zeitschrift "Partizan" wurden 2 Wochen vor den Wahlen verhaftet und erst nach ihnen wieder freigelassen.

Mit Schlagworten wie "Jeder der nicht wählt, ist ein Verräter am Vaterland" gelang es den herrschenden Klassen 70% der Wahlberechtigten zu den Urnen zu treiben. Doch bei mehr als einem Viertel der Wähler verfiel auch diese Demagogie nicht mehr. Sie demonstrierten mit ihrem Wahlboykott, daß sie diesem System kein Vertrauen mehr entgegenbringen.

Aus den Wahlen ging als neue Regierung mit der Unterstützung der

nützten die Tatsache, daß die TKP/ML in den Kämpfen der Bewohner des "1. Mai"-Viertels eine wichtige organisierende und führungsgebende Rolle erlangt hatte, dazu, ihr die unmittelbare Verantwortung für die Aktion der Bewohner gegen die Faschisten anzulasten. Die ganz im Kielwasser der heutigen chinesischen Führer schwimmende Zeitung "Aydinlik" ging sogar so weit, Fotos von Personen zu veröffentlichen, die als Führer der TIKKO denunziert und als "Mörder" beschimpft wurden - eine direkte Einladung an die staatlichen und zivilen faschistischen Terrororganisationen, nach diesen Personen Jagd zu machen und sie zu ermorden. (Übrigens hatte die TKP/ML keine Möglichkeit, die spontane Bestrafungsaktion zu verhindern und hält sie für einen taktischen Fehler. Dabei geht es aber nicht um humanitäre und schon garnicht um grundsätzliche Erwägungen, sondern um ein Problem der revolutionären Zweckmäßigkeit in der gegebenen Etappe der Vorbereitung der Revolution.)

Nach dem neuerlichen Überfall, diesmal des Militärs, auf ihr Wohnviertel schlossen sich die Bewohner des "1. Mai"-Viertels noch enger zusammen, sie schufen ein Volkskomitee, durch das sie ihre Interessen organisierter vertreten können und das zu-

künftigen Kämpfen eine sich auf den Massenwillen stützende einheitliche Führung geben kann. Insbesondere wurden Abwehrmaßnahmen gegen neuerliche faschistische Überfälle organisiert.

Der vorläufig letzte Versuch, die Bewohner des "1. Mai"-Viertels zu vertreiben, ihren Widerstand zu brechen und ihre Hütten zu vernichten, wurde am 7. September 1979 von der Regierung Ecevit unternommen. Etwa 1000 neu errichtete Hütten wurden des Nachts überfallen und niedergerissen. Aber auch dieser Teilerfolg der faschistischen "Ordnungsmacher" blieb nicht lange wirksam. Solange die Menschen leben, müssen sie auch irgendwo wohnen. Und in dem Moment, wo sie sich revolutionär zu organisieren beginnen, sind sie stärker als die Faschisten.

Die Bewohner des "1. Mai"-Viertels werden ihren Kampf nicht aufgeben, sie sind zu einem Vorbild des revolutionären Kampfes gegen den faschistischen Staatsapparat geworden, sie haben bewiesen, daß dieser Widerstand ganz und garnicht aussichtslos ist, daß es notwendig ist, sich zum gemeinsamen Kampf gegen die herrschenden Klassen unter der Führung der marxistisch-leninistischen Partei zu organisieren und daß dann Kampferfolge nicht ausbleiben. □

MHP- und MSP-Faschisten die "Gerechtigkeitspartei" mit Demirel an der Spitze hervor. Da das jämmerliche bißchen an "linkem" Zuckerbrot der Ecevit-Regierung so wenig gewirkt hat, setzen die herrschenden Klassen nun mehr denn je auf die Peitsche, auf die direkte und offene faschistische Gewalt. Doch da gibt es schon nicht mehr viele neue Möglichkeiten. Die Unterschiede in der Politik Ecevits und Demirels sind nicht wesentlich, sie sind bloß nebeneinanderliegende Glieder ein- und derselben Kette. So sind z. Bsp. die Gesetzesvorlagen, die gerade zur weiteren Verschärfung der Unterdrückung im Parlament durchgebracht worden sind, schon unter der Regierung Ecevits ausgearbeitet worden. Allein daran zeigt sich schon, daß das Gezeter, das Ecevit jetzt als "Oppositioneller" über diese Verschärfung anstimmt, nichts als blanke Demagogie ist.

Ganz anders stellen das allerdings die modernen Revisionisten dar - nicht nur in der Türkei. Auch die "KPÖ" strengt sich an, Ecevit als

eine Art von "demokratischer Alternative" anzupreisen. Schon der Titel, mit dem die "Volksstimme" am 4. Jänner 1980 zur Lage in der Türkei Stellung nimmt, spricht Bände: "Mit Demirel in den Notstand". Danach hätte es unter Ecevit keinen gegeben und gäbe es auch jetzt erst eine Entwicklung in dieser Richtung. Daß Ecevit über 19 Provinzen der Türkei das Kriegsrecht verhängen ließ, hat sich bis zur KPÖ-"Volksstimme" offenbar noch nicht herumgesprochen. Die KPÖ-Revisionisten wollen auch weismachen, daß es unter der Ecevit-Regierung die Möglichkeit einer vom Imperialismus unabhängigen Entwicklung geben könnte. Sie wärmen damit nur das alte Märchen Chruschtschows vom "nichtkapitalistischen Entwicklungsweg" unter der Herrschaft der Kompradoren und Großgrundbesitzer auf. Nicht zufällig ist das genau die Linie, auf der die russischen Sozialimperialisten in der Türkei mitzumischen versuchen. Es gibt wirklich keine Frage, in der sich die KPÖ-Revisionisten nicht als die dienstfertigsten Handlanger der sozialimperialistischen Kreml-Herren erweisen würden.

DIE HERRSCHAFT DES IMPERIALISMUS UND DES KOMPRADOREN- UND GROSSGRUNDBESITZER-REGIMES WIRD VOR ALLEM DURCH FASCHISTISCHE UNTERDRÜCKUNG

AUFRECHTERHALTEN

Die schier unerträgliche Lebenslage der Arbeiter, Bauern und werktätigen Massen der Türkei wird vor allem dadurch aufrechterhalten, daß der Imperialismus mittels des Kompradoren- und Großgrundbesitzer-Regimes mit nacktem Terror, mit der offenen faschistischen Unterdrückung in allen gesellschaftlichen Bereichen herrscht. Es herrscht nunmehr bereits in 20 Provinzen der Türkei das Kriegsrecht. Das Kriegsrecht bedeutet Verbot jeglicher Demonstrationen, Versammlungen, Kundgebungen etc. Es bedeutet die Beseitigung selbst jeglichen Scheins minimalster demokratischer Rechte, es bedeutet

das Verbot jeder fortschrittlichen, revolutionären und natürlich besonders jeder marxistisch-leninistischen Tätigkeit. Kriegsrecht, das bedeutet auch nächtliche Ausgangssperre und daß sofort scharf geschossen wird, wenn man sich den "Sicherheitskräften" mehr als 30 Meter nähert.

Da der Widerstand der Arbeiter, Bauern und Werktätigen dennoch nicht zu brechen ist, versuchen die Herrschenden den staatlichen Terror noch zu erhöhen und zu verstärken. So wird gemäß den im Februar vom Parlament beschlossenen Gesetzesvorlagen die Kompetenz der Polizeikräfte wesentlich erwei-

tert. Die Polizei kann ohne jeglichen richterlichen Beschluß Hausdurchsuchungen vornehmen, nach Belieben Massenverhaftungen und Einkerkierungen durchführen. Die Polizei- und Justizbeamten bekommen Prämien bis zum 5-fachen des normalen Gehalts, wenn sie sich in der "Bekämpfung des Terrorismus" auszeichnen, wobei der faschistische Terror als "Bekämpfung des Terrorismus" marschiert. Auch die Strafprozeßordnung wurde noch weiter verschärft. Sondergerichte werden eingeführt, die

faktisch wie Militärgerichte im Zivilbereich arbeiten.

Verschärft wird auch die brutale Unterdrückung der neben der türkischen Nation in der Türkei lebenden anderen Nationalitäten, wie der Armenier, Araber, usw. oder der kurdischen Nation. Es ist für die faschistische nationale Unterdrückung in der Türkei kennzeichnend, daß unter den Provinzen, in denen das Kriegsrecht verhängt ist, das gesamte kurdische Gebiet in der Türkei liegt.

AUCH DIE ÖSTERREICHISCHE IMPERIALISTISCHE BOURGEOISIE IST AN DER AUSBEUTUNG UND AUSPLÜNDERUNG DER TÜRKEI BETEILIGT

Beim Staatsbesuch Ecebits 1979 in Österreich betonten die Kreisky-Regierung und die anwesenden Industriemagnaten ausdrücklich, daß die Beziehungen zu seiner faschistischen Regierung "äußerst positiv" und die Wirtschaftsbeziehungen weiter auszubauen wären.

Die diversen Sorten von Sozialchauvinisten und Revisionisten be-



Die faschistische Unterdrückung: Hausdurchsuchungen mit vorgehaltener Maschinenpistole

haupten bekanntlich, daß die Beziehungen des "kleinen und neutralen Österreichs" zu Ländern der sogenannten "dritten Welt" wie der Türkei ein gutes Gegengewicht gegen deren Abhängigkeit von den imperialistischen Großmächten seien. Indem sie solcherart Österreich eine besondere, im großen und ganzen fortschrittliche und auf Förderung der nationalen Unabhängigkeit gerichtete "Mission" andichten, dienen sie ganz unmittelbar und direkt der österreichischen imperialistischen Bourgeoisie.

All dieser proimperialistischen Demagogie gegenüber ist es unbedingt notwendig herauszustellen, daß die österreichische imperialistische Bourgeoisie sowohl in der Türkei als auch überall sonst ausschließlich Interessen verfolgt, wie jede andere imperialistische Macht auch. Es gibt hier keine prinzipielle Verschiedenheit. Die österreichischen Unternehmen und Konzerne, die in der Türkei Zweigwerke betreiben und Niederlassungen haben und die dort gegenwärtig verstärkt in Industrieprojekten investieren, verfolgen dabei selbstverständlich das Ziel, aus den Arbeitern der Türkei den höchst möglichen Extraprofit herauszuschlagen bzw. sich zu Schleuderpreisen Rohstoffe anzueignen.

Aber nicht nur aus der imperialistischen Ausbeutung billiger Arbeitskräfte in der Türkei scheffelt die österreichische Bourgeoisie ansehnliche Profite, sondern auch aus der Ausbeutung der Arbeiter aus der Türkei in Österreich selbst. In Österreich arbeiten rund 30.000 Arbeiter aus der Türkei. Wie die anderen ausländischen Arbeiter sind sie für die Imperialisten billigstes "Menschenmaterial", beziehen sie die niedrigsten Löhne und müssen sie die schwersten Arbeiten übernehmen, sind sie weitgehend rechtlos.

In dem 1975 verabschiedeten "Ausländerbeschäftigungsgesetz", das auf der Grundlage eines im Jahre 1939, also unter der Nazi Herrschaft beschlossenen Gesetzes formuliert wurde, wird faktisch die vollständige Rechtlosigkeit der ausländischen Arbeiter sanktioniert. Die Schikanen sind zahllos und nehmen immer neue und drückendere Formen an. Die Beschäftigungsbewilligung, die einem Arbeiter aus der Türkei gewährt wird, wenn er eine Arbeit gefunden hat, ist lediglich auf eine Firma beschränkt. Sie ist Voraussetzung für den Erhalt einer Aufenthaltsbewilligung und auf höchstens ein Jahr beschränkt. Wird ein ausländischer Arbeiter also gekündigt, bedeutet das gleichzeitig, daß er seine Beschäftigungsbewilligung und somit auch Aufenthaltsgenehmigung verliert und sofort ausgewiesen werden kann. Die Rechtlosigkeit äußert sich in allen Lebensbereichen. Kindergeld wird nur für die in Österreich lebenden Kinder bezahlt, wobei von vornherein die Familienzusammenführung, von der die bürgerliche Propaganda sonst so gerne spricht, fast unmöglich gemacht wird. In den Betrieben am ärgsten ausgebeutet, haben selbst elementare bürgerlich-demokratische Rechte für die ausländischen Arbeiter keine Geltung. Zum Beispiel haben sie nur das Recht, Betriebsräte zu wählen, aber sie haben nicht das Recht, selbst zu



Bäuerinnen führen eine Bodenbesetzungsaktion durch

kandidieren. Damit haben sie keine rechtliche Möglichkeit, selbst ihre Interessen zu vertreten und werden als unmündig behandelt.

Auch das österreichische Arbeitsverfassungsgesetz postuliert eine sehr weitgehende Rechtlosigkeit der ausländischen Arbeiter. Werden in einem Betrieb Kündigungen ausgesprochen, müssen zuerst die ausländischen Arbeiter gekündigt werden, bei Einstellungen dürfen nur dann ausländische Arbeiter eingestellt werden, wenn es keine "geeigneten österreichischen Arbeitskräfte" für den betreffenden Posten gibt. Natürlich wird diese unerhörte Diskriminierung und Entrechtung der Arbeiter aus der Türkei und anderen Ländern damit begründet und gerechtfertigt, daß die "Interessen der einheimischen Arbeitskräfte" gewahrt und geschützt werden müßten, daß diese natürlich "Vorrang" haben müßten usw. Doch man braucht nicht lange nachzudenken, um zu erkennen, um welche verlogene und für die österreichischen Arbeiter selbst sehr gefährliche Politik es sich hier handelt. Es handelt sich um die Politik des teile und herrsche, des Ausspiels der einen Arbeiter gegen die anderen, des

Hochzüchtens des bürgerlichen Nationalismus und Chauvinismus gegen den proletarischen Internationalismus. Es ist eine Politik, welche die nationalen Barrieren zwischen den Arbeitern unüberwindlich machen, Zwietracht und Haß zwischen ihnen säen soll, damit man am Ende mit Hilfe der einen die anderen niederschlagen kann.

Es ist für das österreichische Proletariat und für das ganze arbeitende Volk unseres Landes eine entscheidende Aufgabe, der chauvinistischen und rassistischen Hetze gegen die Arbeiter aus der Türkei sowie aus den anderen Ländern, die mit der Politik ihrer

Entrechtung, Diskriminierung und besonderen Unterdrückung einhergeht, mit aller Entschiedenheit und bei jeglichem großen oder kleinen Anlaß entgegenzutreten.

Besonders zeichnen sich die Arbeiteraristokraten und Gewerkschaftsbonzen bei der Rechtfertigung der Diskriminierung der ausländischen Arbeiter und bei der nationalistischen Hetze gegen sie aus. Indem sie so das schmutzige Geschäft besorgen, einen Keil zwischen die ausländischen und österreichischen Arbeiter zu treiben, die österreichischen Arbeiter gegen die ausländischen Ar-

FORTSETZUNG AUF SEITE 21

ZU DER CHAUVINISTISCHEN HETZKAMPAGNE GEGEN DIE ARBEITER

AUS DER TÜRKEI IN VORARLBERG

Im November 1979 fand in Feldkirch/Vorarlberg eine von der ÖGJ (Österreichische Gewerkschafts-Jugend) und dem "Verein der Arbeiter aus der Türkei" organisierte Diskussionsveranstaltung statt. Thema: Lage und Forderungen der Arbeiter aus der Türkei in Vorarlberg. Daß zur Diskussion mit einem so wichtigen und brisanten Thema der Vorsitzende der Vorarlberger Landesexekutive des ÖGB Falschlunger, höchstpersönlich kam, schien zunächst sehr positiv, ging es doch um Fragen und Probleme, für die der ÖGB eine ganz besondere Verantwortung hat.

Leider jedoch stellte sich rasch heraus, daß Herr Falschlunger keineswegs gekommen war, um die an den ÖGB gerichteten Fragen zu beantworten, sondern um zu verhindern, daß solche Fragen überhaupt gestellt werden. Obwohl die durch die Aktivität des "Vereins der Arbeiter aus der Türkei" in Vorarlberg zur Teilnahme an der Veranstaltung mobilisierten mehr als 200 Arbeiter aus der Türkei die überwältigende Mehrheit der Anwesenden bildeten und der Arbeiter-Verein zu-

mindest Mitveranstalter war, weigerten sich Falschlunger und andere ÖGB-Bonzen, die Vertreter der Kollegen aus der Türkei zu Wort kommen zu lassen. Sie lehnten es ab, mit den gewählten Vertretern des Arbeitervereins bzw. mit "irgendwelchen Vereinen odgl." überhaupt zu diskutieren und erklärten, diese hätten kein Rede-recht. Und als die überwältigende Mehrheit der Anwesenden gegen solche Willkürmethoden protestierten, brachen Falschlunger und Co. die Veranstaltung einfach ab! Damit war aber nur der Podiumsdiskussion ein vorzeitiges Ende bereitet, doch nicht der Diskussion überhaupt. Auf dem Heimweg und am folgenden Tag in den Betrieben gab es umso ausführlichere Diskussionen, nämlich über die von der ÖGB-Spitze gegenüber den ausländischen Arbeitern angewandten chauvinistischen Herr-im-Haus-Methoden und über ihr eigenartiges "Demokratie"-Verständnis.

Allgemein wurde deutlich, daß sich die ÖGB-Arbeiteraristokraten von der Sorte Falschlengers mit ihrer Maulkorb-

(Weiter auf Seite 20)

BLÜTENLESE AUS DEM CHAUVINISTISCHEN BLÄTTERWALD VORARLBERGS

Feldkirch/Bregenz. — Werden unsere türkischen Gastarbeiter vom linksgerichteten Verein „Arbeiter aus der Türkei“ politisch verhetzt? Tumulte auf einer Gewerkschaftsdiskussion in Feldkirch (die NEUE berichtete) lassen diesen Schluß zu.

Feldkirch. — Der Türkenrummel, der am Sonntag bei einer Veranstaltung der Gewerkschaftsjugend in Feldkirch inszeniert worden war, wird ein Nachspiel haben. „Solche Aktionen darf es in Zukunft nicht mehr geben“, wettert Karl Falschlunger.

AK-Chef Bertram Jäger meinte in einem NEUE-Gespräch, daß die halblöse Veranstaltung nicht ohne Folgen bleiben könne. „Man wird dieser Sache noch genau nachgehen müssen.“ Obwohl zu Beginn der Veranstaltung der am Podium anwesende Präsident der AK Vorarlberg, Bertram Jäger, sowie der Vorsitzende der Landesexekutive des ÖGB, Karl Falschlunger (Dr. Schuler vom Arbeitsamt ließ sich entschuldigen), einhellig klargestellt, daß sie bereit wären, im Rahmen ihrer überparteilichen Interessenvertretungen mit einzelnen Vereinigungen oder Vereinen über Gastarbeiterprobleme zu diskutieren, geriet die Veranstaltung sehr bald durch Aktionen des „linksgerichteten Vereins „Arbeiter aus der Türkei“ in ungeordnete Bahnen.

Die anwesenden Sicherheitskräfte zynisch aufforderte, sich von der Galerie in den Saal zu begeben und sich an der Diskussion zu beteiligen. Während des Verlaufes der Veranstaltung machten sich einige Mitglieder der Gewerkschaftsjugend im Saal besonders stark, einige von der AK in völlig unqualifizierter Weise, und auch der „VN“-Berichterstatter wurde von Vertretern der Gewerkschaftsjugend angestänkert. Nach zwei Stunden fruchtloser Debatte wurde die Veranstaltung abgebrochen.

Im allgemeinen Schlußtumult tonte es dann auch in deutscher Sprache: „Es lebe die internationale Solidarität!“

Die Diskussion verlor streckenweise den Charakter einer parteipolitisch-tumultösen und artete in parteipolitische Aktivitäten eines linksgerichteten Vereins „Arbeiter aus der Türkei“ aus.

Demgegenüber kündigte der Vorsitzende der ÖGB-Landesexekutive einen Vorstandsbeschuß an, wonach die Gewerkschaftsjugend ihre Kontakte zu ausländischen kommunistischen Gruppierungen untersagt werden sollen.

Die Diskussion verlor streckenweise den Charakter einer parteipolitisch-tumultösen und artete in parteipolitische Aktivitäten eines linksgerichteten Vereins „Arbeiter aus der Türkei“ aus.

Die Diskussion verlor streckenweise den Charakter einer parteipolitisch-tumultösen und artete in parteipolitische Aktivitäten eines linksgerichteten Vereins „Arbeiter aus der Türkei“ aus.

Einem starken Auftritt erlebte bei dieser Diskussion der Verein „Arbeiter aus der Türkei“ mit einem eigenen Forderungsprogramm:

- generell mehr Gleichberechtigung und gleichen Lohn,
- bessere Wohnungen,
- sowie das aktive und passive Wahlrecht.

Gerade diese letzte Forderung klingt so absurd, daß man sich fragen muß, um welchen Verein es sich dabei überhaupt handelt. Dem Verein nach steht dieser Verein „links vom Marxismus“, er soll sich vorwiegend aus Kurden rekrutieren.

An die Adresse der Sicherheitsdirektion ist die dringende Forderung zu richten, hier zum Rechten zu sehen. Für unsere Demokratie kein Platz, und wenn sie das Wahlrecht übergibt, bleibt als einzige Wahl jene nach Hause zu schicken, die hier die Gastrolle mißbrauchen.

Sicherheitsdirektion angekündigt, daß man die Außenseiter unter den Gastarbeitern genauer unter die Lupe nehmen wird. Wir erkundigten uns bei Sicherheitsdirektor Hofrat Dr. Walter Meissl, was man konkret zu unternehmen gedenkt.

Die ist jedenfalls überwachend, um im Fall von Ausschreitungen eingreifen zu können. Landesregierung, wie auch die Oppositionspartei, schauen tatenlos zu.

Allerdings wird sich nicht vermeiden lassen, daß ein Gastarbeiter eine gewisse politische Anschauung mitbringt, wenn er nach Vorarlberg kommt.

Die Diskussion verlor streckenweise den Charakter einer parteipolitisch-tumultösen und artete in parteipolitische Aktivitäten eines linksgerichteten Vereins „Arbeiter aus der Türkei“ aus.

Demgegenüber kündigte der Vorsitzende der ÖGB-Landesexekutive einen Vorstandsbeschuß an, wonach die Gewerkschaftsjugend ihre Kontakte zu ausländischen kommunistischen Gruppierungen untersagt werden sollen.

Die Diskussion verlor streckenweise den Charakter einer parteipolitisch-tumultösen und artete in parteipolitische Aktivitäten eines linksgerichteten Vereins „Arbeiter aus der Türkei“ aus.

Die Diskussion verlor streckenweise den Charakter einer parteipolitisch-tumultösen und artete in parteipolitische Aktivitäten eines linksgerichteten Vereins „Arbeiter aus der Türkei“ aus.

Die Diskussion verlor streckenweise den Charakter einer parteipolitisch-tumultösen und artete in parteipolitische Aktivitäten eines linksgerichteten Vereins „Arbeiter aus der Türkei“ aus.

Die Diskussion verlor streckenweise den Charakter einer parteipolitisch-tumultösen und artete in parteipolitische Aktivitäten eines linksgerichteten Vereins „Arbeiter aus der Türkei“ aus.

Ich gezeigt, daß in Vorarlberg Gruppierungen türkischer Gastarbeiter bestehen, die nur allzuleicht zu Scharfmacherei und radikalen Tönen neigen. Zum Beispiel der ultralinksere Verein „Arbeiter aus der Türkei“ der am Sonntag besonders lautstark aufgetreten ist. Solche Gastarbeitergruppen treten in Vorarlberg nicht zum erstenmal in Erscheinung. Die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit dem Filmverbot und seinen Drohungen sind längst nicht vergessen. Derartige Vorfälle machen klar, daß die Gastarbeiterfrage in zunehmendem Maße auch ein sicherheitspolitisches Problem ist.

Der linksgerichtete Verein der Arbeiter aus der Türkei zahlreich und mit erhobenen Fäusten für die Durchsetzung hochgegriffener Forderungen stark. So zum Beispiel aktives und passives Wahlrecht, großzügige Familienzusammenführung und finanzielle Unterstützung für türkische Vereine.

Rund 300 Türken waren anwesend und machten ihrem Unmut über die Vorarlberger Gastarbeiterpolitik Luft. Am Präsidium saßen AK-Präsident Bertram Jäger und ÖGB-Chef Karl Falschlunger, der von den Türken, in der Hauptsache offenbar Kurden, unqualifiziert beschimpft wurde. Die Türken forderten aktives und passives Wahlrecht bei AK- und Betriebsratswahlen und die Zusammenführung von nahen Familienangehörigen.

Sicherheitsdirektor Dr. Walter Meissl will rechtzeitig gegen eine Radikalisierung einschreiten. Gastarbeiter, die sich strafbar machen, sollen kurzerhand ins Heimatland abgeschoben werden.

Öffentliche Veranstaltungen der Gewerkschaft, die überparteilich sein sollte, mit Kommunisten und Linksextremisten sollen in Zukunft nicht geduldet werden.

In der Sicherheitsdirektion wurden bereits die nötigen Schritte eingeleitet.

Die Diskussion verlor streckenweise den Charakter einer parteipolitisch-tumultösen und artete in parteipolitische Aktivitäten eines linksgerichteten Vereins „Arbeiter aus der Türkei“ aus.

Demgegenüber kündigte der Vorsitzende der ÖGB-Landesexekutive einen Vorstandsbeschuß an, wonach die Gewerkschaftsjugend ihre Kontakte zu ausländischen kommunistischen Gruppierungen untersagt werden sollen.

Die Diskussion verlor streckenweise den Charakter einer parteipolitisch-tumultösen und artete in parteipolitische Aktivitäten eines linksgerichteten Vereins „Arbeiter aus der Türkei“ aus.

Die Diskussion verlor streckenweise den Charakter einer parteipolitisch-tumultösen und artete in parteipolitische Aktivitäten eines linksgerichteten Vereins „Arbeiter aus der Türkei“ aus.

Die Diskussion verlor streckenweise den Charakter einer parteipolitisch-tumultösen und artete in parteipolitische Aktivitäten eines linksgerichteten Vereins „Arbeiter aus der Türkei“ aus.

Die Diskussion verlor streckenweise den Charakter einer parteipolitisch-tumultösen und artete in parteipolitische Aktivitäten eines linksgerichteten Vereins „Arbeiter aus der Türkei“ aus.

Die Diskussion verlor streckenweise den Charakter einer parteipolitisch-tumultösen und artete in parteipolitische Aktivitäten eines linksgerichteten Vereins „Arbeiter aus der Türkei“ aus.

(Schluß von Seite 18)

methode aus der Affäre ziehen wollten, daß sie Angst davor hatten, auf die gerechten Forderungen der Arbeiter aus der Türkei einzugehen und zu erklären, warum der ÖGB, der sich als Interessenvertretung der Arbeiter bezeichnet, dafür nicht nur keinen Finger krumm macht, sondern diese Forderungen sogar sabotiert und sich selber an der Diskriminierung der ausländischen Arbeiter beteiligt.

Die chauvinistische, antidemokratische und durch und durch reaktionäre Einheitsfront, die in diesen Fragen vom ÖGB bis zur extrem rechten Boulevard-Presse reicht, wurde in den folgenden Tagen noch klarer, als eine wilde Hetzkampagne der Vorarlberger Zeitungen gegen den Verein der Arbeiter aus der Türkei und gegen die türkischen Arbeiter überhaupt einsetzte. Mit ihrem wilden Gezeter gegen "linksmarxistische Umtriebe", die man schon im Keim ersticken müßte, mit ihrem extremen Herrenmenschendünkel gegen Türken und Kurden, mit ihrer offenen Ablehnung selbst primitivster demokratischer und humanistischer Forderungen, mit ihrem aufgeregten Ruf nach Polizei und Staatsanwalt, nach Unterdrückung, Verboten und Abschiebungen zeigten sie ihr wahres Gesicht.

Es war ein Anschauungsunterricht darüber, wie eng auf politisch-ideologischem Gebiet der Zusammenhang zwischen bürgerlicher "Demokratie" und Faschismus ist, wie viel sie gemeinsam haben und wie sehr es gewissen Kräften in Österreich gelüstet, bei Ecevit und Demirel in die Schule zu gehen.

Wie "linksextrem" sind denn die Forderungen der Arbeiter aus der Türkei, die der Verein vertritt und die er auch dem ÖGB vortragen wollte? Im wesentlichen sind es die folgenden:

- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- Aufhebung der Bestimmungen, die eine Familienzusammenführung unmöglich machen
- Lösung der skandalösen Wohnungssituation

- Ausstellung unbefristeter Aufenthalts- und Beschäftigungsbewilligungen
- Arbeitsplätze für die schulentlassenen ausländischen Jugendlichen
- Recht auf Branchenwechsel
- Recht auf Wählbarkeit für die ausländischen Arbeiter

Insbesondere die letztgenannte Forderung, die das fundamentale demokratische Recht betrifft, daß die ausländischen Arbeiter in den Betrieben nicht nur Betriebsräte wählen dürfen, sondern auch selbst kandidieren können, stößt auf größten Widerstand und wird als ganz absurd und unzumutbar hingestellt. Das ist der unmittelbare Ausdruck der Einstellung, die Arbeiter aus der Türkei und aus anderen Ländern müßten es als Ehre betrachten, in Österreich überhaupt arbeiten zu dürfen, zu sagen oder gar etwas zu fordern hätten sie als "Gäste" jedoch rein garnichts. Das ist unverschämteste imperialistische Logik, Chauvinismus und Rassismus in Reinkultur.

Besonderen Horror haben die Herren der Presse und auch die ÖGB-Bonzen davor, daß sich die ausländischen Arbeiter, vor allem jene aus der Türkei, für ihre Interessen organisieren und zusammenschließen. Vor allem das und nichts anderes ist der Grund ihrer hysterischen Hetze gegen die Vereine der Arbeiter aus der Türkei, ihrem Verlangen nach mehr Bespitzelung und "staatspolizeilicher Aufsicht". Sie wissen genau, daß die Arbeiter ohne Organisation hilfloses Freiwild von Willkür und Entrechtung sind, mit einer zielklaren Organisation jedoch eine ernstzunehmende Kraft.

Die Lehre daraus für die Arbeiter aus der Türkei ist klar. Klar ist aber auch die Verpflichtung der österreichischen Arbeiterklasse ihren Klassenbrüdern aus der Türkei und aus anderen Ländern gegenüber: der chauvinistischen Hetze unversöhnlich entgegenzutreten, die demokratischen und revolutionären Organisationen dieser Arbeiter zu unterstützen und mit ihnen kämpferische Solidarität zu bekunden. □

FORTSETZUNG VON SEITE 18

beiter aufzuhetzen, erweisen sie sich als gewissenlose Handlanger des Kapitals und objektiv als Verräter an den Interessen der Arbeiterklasse.

Zur Herstellung einer gemeinsamen Front zwischen den österreichischen und ausländischen Arbeitern im Kampf gegen die Ausbeutung und Unterdrückung in Betrieb und Wohnbezirk, gegen den Chauvinismus und Rassismus und seine Propagandisten in der Arbeiterklasse, kommt heute auch die Notwendigkeit, sich klar zu werden und danach zu handeln, daß die wichtigste Unterstützung auch für die ausländischen Arbeiter hier in Österreich die Unterstützung und Propagierung der Revolution in ihren Heimat-Ländern ist, in die sie früher oder später zurückkehren werden.

Besonderer Verfolgung und Unterdrückung unterliegen die Arbeiter und Werktätigen der Türkei, die sich für die Verteidigung ihrer Interessen hier in Österreich und für die Unterstützung der Revolu-

tion in ihrer Heimat in revolutionären Organisationen zusammengeschlossen haben. Die Furcht der österreichischen Bourgeoisie ist groß, daß gerade die ausländischen Arbeiter als die ausgebeuteten und unterdrücktesten, die sich in militanten Aktionen gegen ihre Unterdrückung wehren, die Demagogie des "Klassenfriedens" und der "Sozialpartnerschaft" entlarven und bloßstellen, daß sie den österreichischen Arbeitern ein Vorbild geben im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung und daß ihr Beispiel anspornend wirken wird. Diese Furcht ist natürlich nicht unbegründet, aber daß es so ist, kann für die österreichische Arbeiterklasse nur ein Grund mehr sein, der Frage der ausländischen Arbeiter in Österreich, insbesondere jener aus der Türkei, die sich durch starkes Klassenbewußtsein und relativ hohe Politisierung auszeichnen, das erforderliche Augenmerk zu schenken und die engsten internationalistischen Beziehungen der Solidarität und des gemeinsamen Kampfes mit ihnen herzustellen.

UNTERSTÜTZEN WIR DIE ANTIFEUDALE UND ANTIIMPERIALISTISCHE REVOLUTION IN DER TÜRKEI UND DIE TKP/ML

Die Streiks der Arbeiter von Izmir, die Demonstrationen zum Jahrestag von Kahramanmaraş, die zunehmenden Klassenkämpfe aller unterdrückten Klassen und Schichten in der Türkei, zeigen einmal mehr, daß das brutale Regime des Imperialismus und der von ihm abhängigen türkischen Kompradoren- und Großgrundbesitzer-Regierung auf schwachen Füßen steht und auch der brutalste faschistische Terror nicht in der Lage ist, ihm noch ein langes Leben zu garantieren.

In der Türkei ist der einzige Ausweg für die Arbeiterklasse, die Bauern und werktätigen Massen die Durchführung der antimperialistischen und

antifeudalen Revolution. Die Kommunistische Partei der Türkei / ML (TKP/ML), unsere Bruderpartei in der Türkei, hat sich dieses strategische Ziel gestellt und arbeitet immer erfolgreicher in dieser Richtung. Obwohl sie noch eine relativ junge Partei ist, wächst ihr Einfluß in den Massen der Arbeiter, Bauern und übrigen Werktätigen sehr schnell. Die TKP/ML trägt in die spontanen Kämpfe der Massen die Erkenntnis der Notwendigkeit des revolutionären Volkskrieges zum Sturz der Macht der herrschenden Kompradoren und Großgrundbesitzer und des Imperialismus, die Propaganda für die

antiimperialistische und antifeudale Revolution, für die Errichtung der volksdemokratischen Diktatur unter Führung der Arbeiterklasse. Die TKP/ML verteidigt die marxistisch-leninistischen Prinzipien, daß diese Revolution eine unbedingt notwendige Etappe im Kampf für die endgültige Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung ist, daß sie den Weg für die sozialistische Revolution freilegen wird.

Die nationalen Befreiungsbewegungen in den halbkolonialen und halbfeudalen Ländern sind unter den Bedingungen des Imperialismus zu einem Bestandteil der proletarischen Weltrevolution geworden. Unter der Hegemonie des Pro-

letariats, verwirklicht durch seine marxistisch-leninistische Partei, wird die antifeudale und antiimperialistische Revolution in der Türkei ein gewichtiger Beitrag zur proletarischen Weltrevolution sein.

Die Marxisten-Leninisten in Österreich müssen ihrer Verpflichtung des proletarischen Internationalismus nachkommen, insbesondere die Völker, die vom eigenen Imperialismus unterdrückt oder mitunterdrückt werden, mit all ihren Kräften zu unterstützen. Sie müssen ihren Beitrag zur Vereinigung der beiden weltrevolutionären Ströme, der revolutionären Bewegung der Arbeiterklasse der imperialistischen Länder und der

UNTERSTÜTZT DIE AUFKLÄRUNGSWOCHEN ÜBER DIE TÜRKEI IN ÖSTERREICH!

In verschiedenen Städten und Bundesländern Österreichs haben sich die Arbeiter aus der Türkei in Vereinen zur Wahrung ihrer sozialen, demokratischen, kulturellen usw. Interessen zusammengeschlossen, unter denen die "Vereine der Arbeiter aus der Türkei" herausragen. Es sind das revolutionär-demokratische Massenorganisationen, die für die Lebensinteressen der in Österreich lebenden Arbeiter aus der Türkei kämpfen. Gleichzeitig entlarven sie den faschistischen Staatsapparat und die ihm entsprechenden Regierungen in der Türkei, die Ausbeutung und Unterdrückung des Volkes der Türkei durch Imperialismus, Kompradorenkapitalismus und Feudalismus und unterstützen sie den gerechten Befreiungskampf ihres Volkes. Darüber hinaus unterstützen sie im antiimperialistischen internationalistischen Geist auch alle revolutionär-demokratischen Bewegungen in anderen Ländern.

In den nächsten Wochen bzw. Monaten werden in verschiedenen Städten Österreichs Veranstaltungen über die Türkei stattfinden. Organisiert werden sie von den Vereinen der Arbeiter aus der Türkei in Österreich in Zusammenarbeit mit der TÖK/YD (Föde-

ration der Studenten der Türkei /im Ausland). Diese Veranstaltungen, die unter der Parole "Kennen Sie die Türkei?" stehen, haben das Ziel, die fortschrittlichen, demokratischen, antifaschistischen und antiimperialistischen Menschen in Österreich über die Verhältnisse in der Türkei wahrheitsgemäß zu informieren.

Es soll jedoch nicht nur informiert werden, sondern die Veranstalter hoffen auch, daß es eine lebhaft Diskussion über Fragen und Probleme der Türkei und der internationalistischen Unterstützung der Revolution in der Türkei geben wird. Aber auch die Probleme der Arbeiter aus der Türkei hier in Österreich, die Aufgaben, die sich für die fortschrittlichen Kräfte unseres Landes zur Unterstützung des Kampfes der Arbeiter aus der Türkei hier gegen ihre besondere Ausbeutung und Unterdrückung ergeben, sollen zur Sprache kommen.

Die MLPÖ unterstützt diese Veranstaltungen vollinhaltlich und ruft alle ihre Mitglieder, Kandidaten und Freunde auf, das ihre zum möglichst großen Erfolg der Aufklärungswochen über die Türkei beizutragen!



Befreiungsbewegungen der unterdrückten Völker leisten. Im Kampf gegen Chauvinismus und Revisionismus müssen sie ein tiefgehendes Verständnis für die Aufgaben und Ziele der Revolution insbesondere auch in der Türkei entwickeln, eine entschiedene Propaganda für die Unterstützung dieser Ziele entfalten. Insbesondere gebietet es die Pflicht des proletarischen Internationalismus, die TKP/ML, die Vorhut des Proletariats, die in diesem Kampf voranschreitet mit allen Mitteln zu unterstützen: in ideologischer, politischer und materieller Hinsicht.



◀ Eine kämpferische Demonstration der Arbeiter und Bauern der ostanatolischen Stadt TUNCELI unter Führung der TKP/ML



Genosse Ibrahim KAYPAKKAYA, der 1973 im Gefängnis ermordete Gründer der TKP/ML

Solidarität mit dem afghanischen Volk, nicht aber mit seinen falschen Freunden !

Vor nunmehr drei Monaten, im Dezember 1979, beantworteten die russischen Sozialimperialisten den immer stärker werdenden bewaffneten Befreiungskampf des afghanischen Volkes gegen ihre diversen Marionettenregimes in Afghanistan mit der offenen militärischen Intervention und mit der Besetzung des Landes durch die russische Armee.

Doch trotz Einsatzes ihrer gewaltigen, modernst ausgerüsteten Militärmaschine waren die Okkupanten bis heute nicht imstande, ihren afghanischen Statthaltern die Macht zu sichern. Im Gegenteil. Das afghanische Volk leistet mehr denn je entschlossenen Widerstand, fügt den fremden Besatzern immer wieder schwere Schläge zu und läßt sich auch durch barbarische Straf- und Vergeltungsaktionen nicht in die Knie zwingen. Das von den russischen Landräubern mitgebrachte und durch ihre Panzer und Armee mühselig an der Macht gehaltene Quisling-Regime Babrak Karmal wird den Volksmassen trotz verzweifelter demagogischer Manöver von Tag zu Tag mehr verhaßt. Hunderttausende Afghanen sind vor diesem Regime und den russischen Bajonetten, die es stützen, auf der Flucht und nehmen lieber endlose Entbehrungen, Nöte und Opfer auf sich, als sich ihm zu unterordnen. Viele zehntausende haben sich in die Gebirge und abseits der großen Verkehrswege liegenden Gebiete zurückgezogen, um von dort aus den bewaffneten Widerstandskampf zu führen. Aber auch in den Städten und entlang der ausgebauten Verkehrswege, wo Truppen, Panzer und Hubschrauber der Besatzer ihre Überlegenheit ausspielen können, kommt es zu immer neuen Widerstandsaktionen und bewaffneten Erhebungen der Bevölkerung.

So ist schon eindeutig, daß das Afghanistan-Abenteuer der russischen Sozialimperialisten ganz anders verläuft als es sich die dafür Verantwortlichen vorgestellt haben. Mehr und mehr wird klar,

daß dieses imperialistische Verbrechen der russischen Machthaber, das in so vieler Beziehung dem US-imperialistischen Aggressionskrieg gegen Vietnam gleicht, auch ein ähnlich schmachvolles Ergebnis für seine Urheber haben wird.

*

Der Widerstand des afghanischen Volkes gegen seine Unterdrücker hat eine lange, bewegte Geschichte. Zunächst führte es lange Befreiungskriege gegen die englischen Imperialisten, was 1919 zur Erklärung der "Unabhängigkeit" Afghanistans führte. Sehr bald wurde jedoch klar, daß dieser Erfolg weitgehend formaler Natur war. Die koloniale Abhängigkeit wurde durch die halbkoloniale ersetzt. Die britischen Imperialisten blieben faktisch die Oberherren, wenn ihnen auch die amerikanischen und deutschen Imperialisten zunehmend Konkurrenz machten. Das Regime der feudalen Herren über Boden und Wasser und der Kompradorenbourgeoisie blieb erhalten.

Unter dem Druck ihrer Präsenz direkt an den Grenzen Afghanistans drangen in den Sechzigerjahren die russischen Sozialimperialisten sowohl in wirtschaftlicher als auch in politischer und militärischer Beziehung immer stärker in Afghanistan ein und begannen, den anglo-amerikanischen Imperialisten ernsthafte Konkurrenz zu machen. Im Jahre 1973 gelang es ihnen, in einem Putsch ein im wesentlichen von ihnen abhängiges Marionetten-Regime an die Macht zu bringen - das Daud-Regime. Als dieses sich in den folgenden Jahren den westlichen Imperialisten zuzuwenden versuchte, machten die russischen Sozialimperialisten mit ihm kurzen Prozeß und organisierten im April 1978 einen zweiten Putsch, mit dem sie Taraki an die Macht brachten. Schon wenige Monate später, im September 1978, wurde

mit ihrer Hilfe auch dieser gestürzt und in einem dritten Putsch durch Amin ersetzt, wobei die neuen Statthalter jeweils ihre Vorgänger und deren engste Anhänger ohne viel Federlesens über die Klinge springen ließen.

Die Kämpfe des afghanischen Volkes gegen die ihnen auf den Nacken gesetzten Cliquen haben sich im Laufe dieser Zeit immer wieder bis zu bewaffneten Auseinandersetzungen entwickelt. Insbesondere in den Jahren 1977 und 1978 haben diese Kämpfe einen starken Aufschwung erlebt. Überall im Lande wurden die Unterdrückungsinstrumente der Herrschenden, Polizei und Armee, angegriffen und oftmals zum Rückzug gezwungen. Ein Beispiel dafür ist die zeitweilige Befreiung der Stadt Herat im März 1978 von den Machtorganen der Daud-Clique. Polizei und Armee dieser Clique hatten eine Versammlung der Bewohner von Herat bewaffnet angegriffen und gewaltsam auseinandergetrieben, worauf sich die Werktätigen der Stadt und die Bauern der Umgebung erhoben und den Regierungsstreitkräften eine erbitterte Schlacht lieferten. Die bewaffneten Einheiten des Regimes wurden besiegt, ein Teil schloß sich den Aufständischen an, die anderen ergriffen die Flucht: Herat war für kurze Zeit ein befreites Gebiet. Die herrschenden Klassen Afghanistans konnten ihre Macht in diesem Gebiet nur dadurch wieder errichten, daß russische Kampfflugzeuge Luftangriffe auf Herat unternahmen und große Teile der Stadt in Schutt und Asche legten.

Der Funke des Widerstands entwickelte sich immer stärker zum Flächenbrand, bewaffnete Guerilla-Einheiten erkämpften befreite Gebiete und kontrollierten schließlich wichtige Teile Afghanistans. Die ständig wechselnden herrschenden Regimes waren immer weniger in der Lage, den russischen Sozialimperialisten "ruhige" und "gesicherte" Ausbeutungsverhältnisse zu erhalten. Auch solche demagogischen Manöver wie die sogenannte "Landreform" erlitten kläglich Schiffbruch. Das Regime hatte gehofft, mit dieser Pseudoreform Illusionen wecken und die armen Bauern besänftigen zu können. Aber entsprechend seinem Klassencharakter konnte und wollte es natürlich keine Agrar-Revolution durchführen, die wirklich den Interessen der Mas-

sen der kleinen Bauern entsprochen hätte.

Die Bauern, die Boden bekamen, mußten Kredite aufnehmen und sich schwer ver-schulden, um ihn bezahlen zu können. Außerdem mußten sie schwerwiegende Verpflichtungen auf sich nehmen: hohe jährliche Steuern und Zinszahlungen, Zusammenarbeit mit den russischen "Beratern", Verpflichtung zum Kauf von Kunstdünger usw., Annahme von Krediten nur von der Landwirtschaftsbank, an der die russischen Sozialimperialisten mit 60 % beteiligt sind, usw.

Zuletzt hatten die Regimes der Daud, Taraki und Amin so weit abgewirtschaftet, daß die russischen Sozialimperialisten dem trotz aller blutigen Unterdrückung immer stärker anschwellenden Widerstand des afghanischen Volkes praktisch machtlos gegenüberstanden und sich an den Fingern abzählen konnten, bis wann das Land endgültig ihrer Kontrolle entglitten sein würde. Also blieb ihnen nur noch das Mittel der direkten militärischen Intervention, um ihre Neokolonie Afghanistan zu erhalten und ihren Machtbereich abzusichern. Im Dezember 1979 überschritten die ersten 5.000 Mann der regulären russischen Armee die afghanischen Grenzen. Inzwischen ist die Anzahl der Besatzungstruppen auf rund 100.000 Mann angewachsen.

■ Wie alle fortschrittlichen, antiimperialistischen und revolutionären Kräfte der Welt verurteilen auch alle wirklich fortschrittlichen, antiimperialistischen und revolutionären Kräfte Österreichs, insbesondere die österreichischen Marxisten-Leninisten auf das Entschiedenste die militärische Aggression der russischen Sozialimperialisten gegen Afghanistan, die Besetzung dieses Landes durch die Truppen der neuen Zaren und ihre dort verübten Verbrechen an einem seit vielen Jahrzehnten heldenhaft für seine Befreiung kämpfenden Volk. Der Einmarsch der russischen Sozialimperialisten in Afghanistan hat nicht das Mindeste mit der Wahrung der Interessen des afghanischen Volkes zu tun, sondern verletzt diese in brutalster verbrecherischer Weise. Die militärische Besetzung hat kein anderes Ziel, als

■ das afghanische Volk weiter und noch stärker auszuplündern und zu unterdrücken, Afghanistan als wichtiges strategisches Gebiet im Einflußbereich des russischen Sozialimperialismus zu halten, das im Volk verhaßte Regime jener Kompradoren und Grundbesitzer zu verewigen, die das Land den russischen Sozialimperialisten ausgeliefert haben.

*

Die russischen Sozialimperialisten sind in Afghanistan zu einem Zeitpunkt einmarschiert, als die US-Imperialisten massive Kriegsvorbereitungen und Kriegsdrohungen gegen den Iran unternahmen; zu einem Zeitpunkt, da in der Türkei das Kriebsrecht immer mehr ausgedehnt und verschärft wird, um die Interessen der westlichen, vor allem der amerikanischen und westdeutschen Imperialisten zu sichern; zu einem Zeitpunkt, zu dem die gesamte Lage im Nahen Osten sich immer weiter zuspitzt, das Ringen der verschiedenen imperialistischen Großmächte um Einflußgebiete in allen Teilen der Welt zunehmend erbitterter wird. So ist die Besetzung Afghanistans durch die russischen Sozialimperialisten auch ein Ausdruck ihrer Rivalität mit den anderen imperialistischen Großmächten, der Verschärfung der zwischen imperialistischen Widersprüchen und des sich zuspitzenden Kampfes der Imperialisten um die Neuaufteilung der Welt.

Bei den russischen Sozialimperialisten und den westlichen Imperialisten geht es bei dieser Rivalität sowohl in Afghanistan als auch überall sonst um die Rivalität auf dem Boden des Imperialismus, ihrer auf beiden Seiten gleichermaßen imperialistischen Interessen. Daher steht kein einziger dieser Imperialismen dem afghanischen Volk in irgendeiner Weise näher, kann es bei keinem von ihnen auch nur mit den geringsten Vorteilen rechnen, ist keiner darunter weniger schlimm, weniger gefährlich, weniger unheilbringend, auch wenn derzeit der russische Sozialimperialismus der Hauptfeind des afghanischen Volkes ist. Weil sowohl die einen als auch die anderen eben Imperialisten

s t e n sind, weil sie prinzipiell von gleicher Natur sind, sind sie gleichermaßen Feinde des afghanischen Volkes.

Was die russischen Sozialimperialisten betrifft, würde eine siegreiche antiimperialistische und antifeudale Revolution in Afghanistan - die einzige Möglichkeit der Befreiung des Landes aus seinem mehrfachen Joch - nicht nur ihre Kreaturen in diesem Land entmachten und so ihrem Einfluß ein gründliches Ende bereiten, sondern hätte auch eine gefährliche Beispielswirkung in den direkt angrenzenden Gebieten des sozialimperialistischen russischen Imperiums, die von mit dem afghanischen Volk verwandten Völkern besiedelt sind. Schon aus diesen Gründen müssen die sozialimperialistischen Kreml-Herren alles daransetzen, die Entwicklung Afghanistans in einer solchen Richtung zu verhindern und wäre jede Spekulation darauf, daß der Einmarsch ihrer Truppen in irgendeiner Form zur Erschütterung oder Auflösung der dortigen rückständigen Herrschaftsverhältnisse beitragen, das bestehende barbarische Regime der Kompradorenbourgeoisie und feudalen Eigner der Produktionsmittel, des Grund und Bodens, der Wasserrechte usw. in Richtung der antiimperialistischen und antifeudalen Revolution aufbrechen könnte, eine gefährliche Illusion. Genau das zu verhindern, sind diese Truppen da! Man darf die Demagogie der Besatzer nicht mit der Realität verwechseln. Man kann von einem durch und durch reaktionären imperialistischen Staat, wie ihn die UdSSR heute darstellt, von einem Staat, in dem die brutale konterrevolutionäre Diktatur einer neuen Ausbeuterklasse herrscht, nirgendwo und zu keinem Zeitpunkt die Begünstigung, Unterstützung oder Durchführung fortschrittlicher bzw. antiimperialistischer Maßnahmen und Entwicklungen erwarten. Von einer solchen Macht, die mit der einstigen sozialistischen Sowjetunion Lenins und Stalins nur noch den Namen gemein hat und sonst garnichts, kann nur Reaktion und Konterrevolution kommen.

Es gibt jedoch nicht nur gefährliche Illusionen über die Rolle des russischen Sozialimperialismus in Afghanistan und

die Auswirkungen der Okkupation dieses Landes durch ihre Armee, sondern es gibt ebenso und dem Umfang nach noch weit mehr gefährliche Illusionen über die Haltung der westlichen imperialistischen Mächte, insbesondere des US-Imperialismus, des westdeutschen Imperialismus und der übrigen größeren und kleineren imperialistischen Staaten gegenüber Afghanistan.

Liest man die bürgerlichen, sozialdemokratischen und opportunistischen Zeitungen unseres Landes, so scheint es fast, als hätten sich sämtliche westliche Imperialisten zur selbstlosen Verteidigung der Rechte und Interessen des afghanischen Volkes erhoben und kennten sie keine anderen Sorgen, als diesem bedrängten und gequälten Volk schleunigst unter die Arme zu greifen. Ihre Artikel triefen von Ergüssen der Humanität, Nächstenliebe und aufopferungsvoller Hilfsbereitschaft für die Betroffenen nicht minder wie von Ausbrüchen heiligen Zornes und edler Empörung gegen die russischen Invasoren. Woher all das so plötzlich? Wieso haben die selben Herrschaften seinerzeit die Gelegenheit von vielen Jahren Vietnamkrieg ungenutzt verstreichen lassen, sich ebenso hochherzig und hilfsbegeistert für die dortigen Opfer einer barbarischen militärischen Intervention einzusetzen und sich mit ebenso edler Empörung gegen die amerikanischen Imperialisten und ihre Helfershelfer zu wenden?

■ Es erfordert nicht viel Verstand, um zu erkennen, daß es diesen Kräften um nichts weniger geht als um Solidarität mit dem afghanischen Volk, sondern daß sie die räuberische Landnahme der russischen Sozialimperialisten lediglich maximal zugunsten der anderen imperialistischen Landräuber aus-schlachten wollen, auf deren Seite sie stehen bzw. zu denen sie selbst gehören!

Wie die afghanische antiimperialistische Organisation GUAFS nachgewiesen hat, zielt die demagogische "Afghanistan-Solidarität" der westlichen Imperialisten - und auch ihrer österreichischen Mitläufer - nicht auf die Unterstützung des kämpfenden afghanischen Volkes, son-

dern vor allem auf die Unterstützung für die "reaktionären, vom CIA finanzierten und aufgebauten islamischen Gruppen" in Pakistan. Sie zielt auf Unterstützung solcher erreaktionärer Organisationen wie der sogenannten "Islamischen Partei Afghanistans" unter der Führung von Gulbuddin, der islamischen Gruppe unter Burhanuddin, der sich "revolutionär" nennenden "Islamischen Bewegung" unter N. Mohammedi usw., die heute allesamt von Pakistan aus ihre Fäden ziehen und engste Vertreter und Anhänger des 1973 gestürzten afghanischen Königs Zahir sind, der eine ganz üble Marionette der angloamerikanischen und anderen westlichen Imperialisten ist und sich aus seinem Exil kürzlich an die afghanische Grenze begeben hat.

Mit dem Einmarsch und der militärischen Besetzung des Landes ist der russische Sozialimperialismus der Hauptfeind des afghanischen Volkes geworden. Er kann aber nicht geschlagen und vertrieben werden ohne die gleichzeitige Zerschlagung seiner Stützen im Lande selbst, der Teile der in sich zerstrittenen Kompradoren- und Grundbesitzerklassen, die als seine Werkzeuge fungieren.

Jene Kompradoren, Grundherren und anderen Reaktionäre, die auf den westlichen Imperialismus ausgerichtet sind und gegenwärtig mit allen Mitteln versuchen, den bewaffneten Befreiungskampf des afghanischen Volkes für ihre eigenen reaktionären und proimperialistischen Ziele auszunutzen, sind zwar derzeit nicht die Hauptfeinde, doch sie sind ebenfalls unversöhnliche, gefährliche Feinde des afghanischen Volkes. Sich mit ihnen zu vereinigen oder gar ihnen die faktische Führung des Kampfes zu überlassen, wäre tödlich.

Es gibt einige sogenannte "Realpolitiker", die für das afghanische Volk nur die Möglichkeit sehen, mit Hilfe der westlichen Imperialisten, in enger Zusammenarbeit mit ihnen und gestützt auf sie, die russischen Invasoren und ihre afghanischen Kreaturen zu schlagen, soll das Land nicht auf Dauer eine sozialimperialistische Kolonie bleiben. Ihr Gegenstück sind jene, die meinen, es sei vielleicht doch besser, weniger bedroh-

lich für den Weltfrieden und "fortschrittlicher", wenn die "Russen" in Afghanistan sitzen und nicht die Anglo-amerikaner, Westdeutschen usw. Beide Auffassungen ignorieren und leugnen die Kräfte des afghanischen Volkes und mißachten in krasser Weise dessen Interessen. Beide Auffassungen sind proimperialistisch und durch und durch reaktionär. Sie propagieren faktisch den Verrat am Befreiungskampf des afghanischen Volkes, indem sie es so hinstellen, als könne dieses Volk nur unter der Fuchtel der einen oder anderen Imperialisten leben.

Natürlich ist das konterrevolutionärer Unsinn. Die Perspektive für das afghanische Volk kann nur die Befreiung von allen Imperialisten sein, nur eine solche kann ihm wirkliche Unabhängigkeit bringen und ihm eine fortschrittliche politische und wirtschaftliche Entwicklung sichern. Darum genügt es nicht, den Kampf in Afghanistan lediglich als anti-sozialimperialistischen Kampf zu führen, sondern muß er grundsätzlich als antiimperialistischen Kampf im vollen Umfang die-

DIE FALSCHEN FREUNDE DES AFGHANISCHEN VOLKES IN ÖSTERREICH

BLOSSSTELLEN, WIDERLEGEN UND KONSEQUENT BEKÄMPFEN !

Wie die Entwicklung der Situation zeigt, ist die allseitige Entlarvung und Bekämpfung der sozialimperialistischen Okkupanten in Afghanistan, so unabdingbar und wichtig sie auch ist, bei weitem nicht ausreichend, um unsere Pflicht als Revolutionäre und proletarische Internationalisten in dieser Frage zu erfüllen. Eine ebenso unabdingbare und wichtige Aufgabe besteht darin, zugleich auch die Mächte und die Demagogie der österreichischen Bourgeoisie als Teil der westlichen imperialistischen Bourgeoisie aufzudecken und anzuprangern, um zu verhindern, daß hier unter Ausnützung der Tragödie des afghanischen Volkes für die Verwandlung Afghanistans aus einer russischen in eine westliche Neokolonie Stimmung gemacht und Hilfsdienste dafür geleistet werden.

Die Entlarvung der imperialistischen Interessen der österreichischen Bourgeoisie und der anderen imperialistischen Mächte dient nicht zuletzt dem

ses Wortes geführt werden.

Die sozialimperialistische russische Marionette Karmal durch eine westlich-imperialistische Marionette vom Schlage Zehirs zu ersetzen, würde das afghanische Volk seiner Befreiung nicht um einen Flohsprung näher bringen. Am Elend und der Not, an der barbarischen Unterdrückung und Ausbeutung des afghanischen Volkes ändert sich nicht das Geringste, ob ihm nun die von den russischen oder von den westlichen Imperialisten gekauften und als deren Statthalter fungierenden Kompradoren und Feudalherren auf dem Nacken sitzen. Der einzige Weg zur Befreiung des afghanischen Volkes ist der Sieg im gegen alle Imperialisten, Kompradoren und Feudalherren geführten revolutionären Volkskrieg unter Führung einer zielklaren marxistisch-leninistischen Partei, der Sieg der antiimperialistischen volksdemokratischen Revolution, die mit jeglicher imperialistischer Einmischung und Beherrschung Schluß machen wird und den Weg zur sozialistischen Revolution eröffnen wird.

Kampf gegen ihre imperialistische Kriegshetze. In der ganzen Geschichte der 2.Österreichischen Republik ist noch nie eine so unmittelbare und hemmungslose Hetze zu einem neuen Weltkrieg betrieben worden, wie in den vergangenen Monaten, wobei besonders die Boulevard-Presse, allen voran die "Kronen-Zeitung" den Krieg kaum noch erwarten kann. Ihr Ziel ist es, die Besetzung Afghanistans dazu auszunutzen, das österreichische arbeitende Volk ideologisch darauf vorzubereiten und dafür zu präparieren, daß es demnächst als Kanonenfutter auf seiten des westlichen Imperialismus verwendet werden kann, es für die Propaganda der imperialistischen "Vaterlandsverteidigung" und der "Verteidigung der westlichen Freiheit" empfänglich zu machen.

Im Zusammenhang mit den Ereignissen in Afghanistan wird die schmutzige Rolle wieder einmal besonders deutlich, welche die diversen revisionistischen und opportunistischen Organisationen und Grup-

pen in unserem Land spielen. Die einen verteidigen uneingeschränkt den Einmarsch der russischen sozialimperialistischen Armee als angeblichen Schutz des afghanischen Volkes vor den USA-Imperialisten und stellen sich damit erneut als vor keinerlei Niedertracht und vor keinem Verrat zurückschreckende Pappageien der Kreml-Führer vor. Die anderen schwimmen diensteifrig im Strom der westlichen Afghanistan-Kampagne mit und versuchen, die antikommunistische Boulevardpresse womöglich noch an Kriegsgeschrei zu übertreffen. Sie betätigen sich damit eindeutig im Interesse der westlichen einschließlich der österreichischen Bourgeoisie, so wie sich die Erstgenannten im Interesse der Moskauer Sozialimperialisten betätigen.

So gegensätzlich sie scheinbar sind, ist beiden Strömungen doch vieles gemeinsam. Beide stützen sie sich auf den einen Imperialismus und begründen das demagogisch mit der Notwendigkeit, den anderen Imperialismus zu bekämpfen. Doch das ist bloß Humbug, Augenauswischerei. Im einen wie im andern Fall ist es nichts anderes als der Weg des Verrates an den Interessen der Völker, des Verrates an der Revolution, der Weg der Verwandlung in Agenturen der einen oder anderen Imperialisten.

Den Revisionisten der sogenannten KPÖ ist in ihren Stellungnahmen zum Einmarsch in Afghanistan nichts Originelleres eingefallen, als stereotyp die kaltschnäuzigen, sich gar nicht besonders um Glaubwürdigkeit bemühenden Erklärungen der Invasoren nachzubeten: "Die militärische Unterstützung der afghanischen Revolution von seiten der UdSSR erfolgte auf mehrmaliges Ersuchen der afghanischen Regierung", teilte die KPÖ-"Volksstimme" vom 24.Jänner ungeniert mit. Und genau so ungeniert servierte sie ihren bedauernswerten Lesern auch die angesichts der militärischen Okkupation besonders zynische Erklärung der TASS, daß

"das afghanische Volk - nur dieses und kein anderes - das Recht hat zu bestimmen, welche Wege es in seiner inneren Entwicklung einschlagen und wie es seine Beziehungen zu anderen Staaten gestalten will". ("Volksstimme" vom 8.Jänner 1980)

Rund 100.000 Mann fremder Armeen im Land

zu haben, die gegen dessen Bevölkerung Krieg führen - das ist wahrlich ein einzigartiger Ausdruck von "Selbstbestimmungsrecht" der Marke KPÖ und "Volksstimme"! Und eine solche Verhöhnung der Leser, eine derart freche Verdrehung politischer Begriffe, eine so unverschämte Paarung von Lüge und Aggression marschiert noch dazu als "sozialistisch" und "kommunistisch"! Gibt es eine perfidere Art, den Sozialismus und Kommunismus zu verleumden, gegen ihn die Massen aufzubringen und ihn in den Schmutz zu ziehen? Für die österreichische Bourgeoisie ist dieses Verhalten der "KPÖ" und ihrer großen Drahtzieher einfach unbezahlbar und nützt ihr ungeheuer in ihrer antikommunistischen Propaganda. Wenn das so ist, so kann sie scheinheilig fragen, wer ist dann schon auf "Sozialismus" und "Kommunismus" neugierig? Und sie kann sicher sein, daß darauf wirklich jeder normale arbeitende Mensch liebend gern verzichten wird.

Bemerkenswerte Schützenhilfe bei der Verteidigung des Einmarsches der Truppen der russischen Sozialimperialisten in Afghanistan erhalten die KPÖ-Revisionisten und diese Sozialimperialisten selbst von Seite der Trotzkiisten, die eine spezielle, keineswegs jedoch neue Mischung von antikommunistischer Hetze und "sozialistischen" Phrasen verbreiten. In der ihnen eigenen geschwellenen, geistigen Tiefgang vortäuschen wollenden Sprache sieht das folgendermaßen aus:

"In die Analyse der Lage muß einfließen, daß heute in der Sowjetunion nicht das imperialistische Finanzkapital herrscht, sondern eine Bürokratie, die zwar jede Arbeiterdemokratie erstickt, ihre Macht aber nach wie vor, wenn auch auf sehr verzerrte Weise, auf sozialistischen Eigentumsformen begründet. Sie wird in Afghanistan unter Umständen gezwungen sein, weitere soziale Veränderungen durchzusetzen." (Flugblatt von "Permanente Revolution" von Anfang 1980)

Daher gelte es heute, so folgern die Trotzkiisten weiter, "einzelne ihrer (der Sowjetbürokratie) Schritte zu unterstützen" - konkret ihren Einmarsch in Afghanistan!

Im Grunde muß man den Trotzlisten für derartige Parteinarbeit zugunsten der russischen Sozialimperialisten sogar dankbar sein. Sie erleichtern es jedem über ein Minimum von Klassenbewußtsein verfügenden österreichischen Arbeiter, nicht nur die notorische Rolle der Trotzlisten als politische Provokateure klar zu erkennen, sondern auch, den konterrevolutionären Charakter der Politik der heutigen Kreml-Führer besser zu durchschauen. Mit den Trotzlisten in einer Front zu stehen, ist wahrlich ein Kainszeichen von besonderer Leuchtkraft. Das Eintreten der Trotzlisten für die Aggression der Breschnew-Imperialisten unterstreicht schließlich auch wieder einmal den diametralen Gegensatz zwischen der sozialistischen Sowjetunion Lenins und Stalins und der heutigen sozialimperialistischen UdSSR. Eine "Sowjetunion", deren militärische Maßnahmen den Beifall der Trotzlisten finden, kann wirklich nur eine totale Umkehrung dessen sein, was sie einmal war und wofür die Herzen von Millionen und Abermillionen revolutionärer Menschen in aller Welt schlugen.

Wenden wir uns schließlich dem sogenannten "Kommunistischen Bund Österreichs" (KBÖ) zu. Die sich vertiefenden Krisen, die ihn schütteln, die massenhafte Abwanderung von Mitgliedern und Sympathisanten, die ihn an den Rand des Bankrotts gebracht hat, haben ihn keineswegs auf die Idee gebracht, daß das mit seiner jeglichem proletarischem Klassenbewußtsein hohnsprechenden opportunistischen und proimperialistischen Politik zusammenhängen könnte. Ganz im Gegenteil. Er versucht, seinem Zerfall durch noch eifrigeres Zelebrieren der "3-Welten-Theorie", durch noch kritikloseres Einschwenken auf der von Deng Hsiao-ping und Co entlehnten Linie des totalen Ausverkaufs aller revolutionären Grundsätze zu entgehen. So war dem KBÖ der sozialimperialistische Einmarsch in Afghanistan willkommener Anlaß, erneut seine überdrehten Litaneien gegen den russischen Sozialimperialismus als dem "Internationalen Hauptfeind", als Feind Nr.1 der Menschheit usw. loszulassen, gegen den sich alle mit allen, die Arbeiter mit der Bourgeoisie, die Ausbeuter mit den Ausgebeuteten, die Völker mit den sie unterdrückenden Regimes usw. zusammen-

schließen und vereinigen müßten.

Wie weitgehend ihnen nicht nur jegliches revolutionäre Bewußtsein, sondern auch jeder einfache Hausverstand abgeht, zeigt sich in ihrer angesichts der Okkupation Afghanistans erhobenen "Forderung", die westlichen Imperialisten einschließlich der USA-Imperialisten müßten das um seine Freiheit kämpfende afghanische Volk bedingungslos unterstützen. Soviel heilige Einfalt muß man im Wortlaut genießen:

"Von den westlichen imperialistischen Ländern muß man fordern, daß diese Kämpfe und Bestrebungen der Völker unterstützt werden, und zwar ohne Bedingungen. Das gilt auch für die USA." (KBÖ-Zentralorgan vom 28.1.80)

Als er den letzten Satz schrieb, dürfte dem Verfasser gedämmert haben, daß die von ihm entwickelte Vorstellung der westlichen Imperialisten einschließlich der USA als bedingungslose Helfer der Freiheitskämpfe der Völker ihn als Lob-sänger eben dieser Imperialisten allzu-sehr entlarven könnte. Deswegen beeilte er sich, sogleich den als Alibi dienenden Satz anzuhängen: "Gleichzeitig muß am Kampf gegen den US-Imperialismus festgehalten werden."

Dieses Feigenblatt hilft jedoch nicht, die Geschlechtsmerkmale des KBÖ zu verdecken, sondern macht den Zustand in den Köpfen seiner Führer noch anschaulicher. Was der KBÖ verlangt und erwartet, ist also nicht mehr und nicht weniger, als daß die amerikanischen Imperialisten die Freiheitskämpfe der Völker bedingungslos unterstützen, während diese sozusagen als Gegenleistung den Kampf gegen den US-Imperialismus fortsetzen. Ob die amerikanischen Imperialisten da aber mittun und sich zu derartiger Seelengröße aufschwingen werden?

Amüsant ist auch zu sehen, wie sich der KBÖ in den Netzen seiner "3-Welten-Theorie" verheddert: Er fordert alle westlichen imperialistischen Länder auf, den Freiheitskampf der Völker in Afghanistan und anderswo "ohne Bedingungen" zu unterstützen, aber "am Kampf festhalten" will er lediglich dem US-Imperialismus gegenüber, nicht aber gegenüber den anderen. Laut Deng Hsiao-ping gehö-

ren die anderen nämlich zur "2.Welt" und diese soll man ihm zufolge ja nicht bekämpfen, sondern sich mit ihr zusammenschließen.

Was beim KBÖ trotz seines Alibisatzes herauskommt, ist eine schamlose Verherrlichung und Anpreisung der Aktivitäten sämtlicher westlicher Imperialisten einschließlich der USA in Afghanistan und anderswo, der Versuch der Überredung der von den Imperialisten aller Sorten geknechteten Völker, sie mögen auf die "ohne Bedingungen" gewährte Hilfe der amerikanischen, englischen, westdeutschen, französischen usw. Imperialisten vertrauen und ja nicht glauben, diese Imperialisten verfolgten vielleicht selbstsüchtige Ziele.

Zu jenen westlichen Imperialisten, von denen der KBÖ die bedingungslose Unterstützung der Freiheitskämpfe des afghanischen und anderer Völker erwartet und gegenüber denen er anscheinend nicht "am Kampf festhalten" will, gehört auch die österreichische imperialistische Bourgeoisie. Der KBÖ strengt sich an, sie aufzurütteln und zu "zwingen", doch nun endlich ihrer segensreichen Rolle als Land der "2.Welt" gemäß der "3-Welten-Theorie" gerecht zu werden:

"...sind die Bedingungen günstig, den afghanischen Widerstand sowie den Widerstand der anderen Völker und Staaten der Region, insbesondere Pakistans, gegen die sowjetische Expansion zu unterstützen und... auch die österreichische Regierung zu zwingen, das ebenfalls zu tun... Österreich soll aber auch den afghanischen Widerstand und Pakistan materiell unterstützen." (ebenda)

Läßt man das pseudoradikale Wortgeklänge vom Zwang, den der KBÖ auf die Regierung ausüben will, weg, so bleibt auch hier dasselbe, was der KBÖ bei allen westlichen Imperialisten samt den amerikanischen in Aussicht stellt: daß sie von Wien bis Washington den Befreiungskampf des afghanischen Volkes und anderer Völker ernstlich und auf allen Gebieten unterstützen würden. Der KBÖ verkündet den unterdrückten Völkern eine neue Heilslehre, ein neues Erlösungswunder: die Imperialisten von Österreich bis zur USA werden den anti-

imperialistischen Kampf der Völker selbstlos unterstützen, ihn nicht nur propagieren, sondern auch finanzieren!

Ist man im KBÖ wirklich so naiv, das für möglich zu halten? Es scheint nicht so. Das zeigt sich schon daran, daß der KBÖ zwar viel vom Befreiungskampf des afghanischen Volkes spricht, aber in Wirklichkeit an bestimmte Cliquen denkt, die sich wohl gerne als Sprecher der Völker ausgeben, das aber keineswegs sind. Wie die Zitate zeigen, vermischt der KBÖ den antiimperialistischen Befreiungskampf des afghanischen Volkes mit den Bestrebungen solcher erzreaktionärer und mörderischer Regimes wie jenem in Pakistan zu vieldeutigen Wortknäueln, als ob es hier um Identisches oder Wesensgleiches gehe! Der Zweck solcher Demagogie kann nur sein: Unter dem heuchlerischen Vorwand der propagandistischen und materiellen Unterstützung der antiimperialistischen Befreiungskämpfe der Völker geht es in Wahrheit um die propagandistische und materielle Unterstützung der imperialistischen Machenschaften der westlichen Imperialisten einschließlich der österreichischen sowie der in ihrem Sinne wirkenden und von ihnen abhängigen alten lokalen Despoten.

Sein 3-Welten-Schema hat den KBÖ de facto nicht nur zu einem Propaganda- und Unterstützungsverein der österreichischen imperialistischen Bourgeoisie, der westlichen Imperialisten und des US-Imperialismus gemacht. Er kritisiert diese Imperialisten höchstens von rechts her, als zu "unentschlossen", zu "versöhnlicherisch" und "nachgiebig", als zu friedfertig also. Das 3-Welten-Schema hat den KBÖ darüber hinaus auch in eine regelrechte Einheitsfront mit ultrareaktionären und profaschistischen Kräften in Österreich selbst geführt. Um seine gerade im Fall der Afghanistan-Okkupation deutlich gewordene Annäherung an extrem reaktionäre, antikommunistische und konterrevolutionäre Gruppierungen zu begründen, geht der KBÖ so weit, die zwergwüchsige revisionistische "KPÖ" zum "Reaktionär Nr.1", also zum inneren Hauptfeind in Österreich zu erklären und von den Kräften, mit denen der KBÖ mehr oder weniger weitgehend zusammenarbeitet, bloß

zu fordern, daß sie "zumindest nicht auf der Seite des Reaktionärs Nr.1" stehen (KBÖ-Zentralorgan vom 28.1.80). Damit hat die Bündnispolitik des KBÖ, der vor kurzem noch Aktionseinheiten mit den KPÖ-Revisionisten durchaus für möglich hielt und praktizierte, einen neuerlichen prinzipienlosen Schwenk vollzogen und hat nach rechts und ultrarechts hin einfach alle Grenzen verloren. Bei Zugrundelegung solcher Maßstäbe würde es uns nicht wundern, den KBÖ demnächst mit der NDP Burgers Hand in Hand zu sehen, denn auch dieser steht "zumindest nicht auf der Seite des Reaktionärs Nr.1", der Muhri-KPÖ und ihrer Drahtzieher.

Die Antiimperialisten und Antifaschisten, alle fortschrittlichen und revolutionären Kräfte unseres Landes, insbesondere die Marxisten-Leninisten haben die Verpflichtung, den antiimperialistischen und antifeudalen Befreiungskampf des afghanischen Volkes mit aller Energie und Konsequenz auf allen Gebieten zu un-

terstützen, allseitige revolutionäre Solidarität mit diesem Kampf zu beweisen. Ein entscheidender Teil dieser Aufgabe liegt in der gründlichen Entlarvung, Widerlegung und Bekämpfung auch all jener opportunistischen und revisionistischen Gruppen, die zwar lautstark von der bedingungslosen Unterstützung der Befreiungskämpfe der Völker schwätzen, diese jedoch in Wahrheit zu desorientieren, zu unterminieren und zu verraten suchen und tatsächlich nichts sind als Handlanger der eigenen und der übrigen imperialistischen Bourgeoisie!

RUSSISCHE SOZIALIMPERIALISTEN
HERAUS AUS AFGHANISTAN!

FORT MIT DEN WESTLICHEN IMPERIALISTEN UND ALLEN IHREN KREATUREN AUS AFGHANISTAN!

NIEDER MIT ALLEN REGIMES DER KOMPRADOREN UND FEUDALHERREN!

ES LEBE DER BEWAFFNETE BEFREIUNGSKAMPF DES AFGHANISCHEN VOLKES!

Botschaft der afghanischen Marxisten-Leninisten

Vor kurzem erhielt die MLPÖ den nachstehend abgedruckten Brief, den die Organisation zur Gründung der KP Afghanistans/ML "AKHGAR" an die marxistisch-leninistische Weltbewegung gerichtet hat.

Akhgar ist eine der 19 Parteien und Organisationen, die ebenso wie die MLPÖ die Stalinjahr-Erklärung unterzeichnet haben. An der kurz darauf in aller Öffentlichkeit einsetzenden und vor allem von der sogenannten "KPD/ML" bzw. der opportunistischen Clique um E.Aust dirigierten Hetz- und Verleumdungskampagne einiger Unterzeichnerparteien gegen die MLPÖ hat sich Akhgar nicht beteiligt, sondern zu unserer Partei eine positive Haltung eingenommen. Ebenso steht Akhgar nicht auf dem Standpunkt der prinzipienlosen Verwerfung des gesamten Werkes Maotsetungs sowie der ganzen Geschichte der KP Chinas überhaupt. Wie der vorliegende Brief zeigt, propagiert Akhgar auch nicht die Theorie der sogenannten "Supermächte", sondern wendet sich gegen alle Imperialisten.

All das hat dazu geführt, daß die im Kielwasser der westdeutschen Aust-Clique schwimmenden Parteien, die sich als die authentischen Interpreten und Vollstrecker der heutigen Linie der PdA Albaniens vorstellen, prak-

tisch aufgehört haben, Akhgar zu propagieren und sich dieser unter extrem schwierigen Bedingungen entwickelnden Organisation der afghanischen Marxisten-Leninisten gegenüber negativ und ablehnend verhalten - gerade zu einem Zeitpunkt, an dem die afghanischen Marxisten-Leninisten die breite Unterstützung durch die gesamte revolutionäre Weltbewegung am dringendsten brauchen.

Solidarität mit dem heroisch kämpfenden afghanischen Volk - wer würde das heute nicht bei jeder Gelegenheit proklamieren. Doch was sind solche Erklärungen wert, wenn sie sich nicht insbesondere in der revolutionären Solidarität und konkreten Unterstützung der Marxisten-Leninisten Afghanistans manifestieren, unter deren Führung allein Afghanistan von allen ausländischen Imperialisten und allen inneren Reaktionen befreit werden kann?

Die Redaktion

BRIEF DER ORGANISATION ZUR GRÜNDUNG DER KP AFGHANISTANS/ML "AKHGAR"

Liebe Freunde und Genossen!

Der sowjetische Sozialimperialismus marschierte am 27.12.79 in unserem Land ein. Dieser Einmarsch, welcher von einem blutigen Militärputsch begleitet wurde, führte zur Ermordung von Amin, diesem Häuptling der revisionistischen "Khalk"-Bande. Dabei wurde Babrak Karmal, der Anführer einer anderen volksfeindlichen revisionistischen Bande (Parcham), an die Macht geputscht.

Die russischen Sozialimperialisten versuchen nun, ihre faschistische Intervention in Afghanistan durch Phrasen wie "Rettung der Revolution", "Zerschlagung der reaktionären und konterrevolutionären Kräfte", "Bekämpfung der Agenten der westlichen Imperialisten" etc. zu rechtfertigen.

Dem afghanischen Volk sowie der Weltöffentlichkeit ist aber bekannt, daß dieser aggressive Akt der russischen Okkupanten ihren weiteren Schritt zur Kolonialisierung Afghanistans darstellt. Das afghanische Volk hatte dem Handlanger-Regime und seinen russischen Beschützern gleich am Tag der Machtergreifung durch Karmal und dem Einmarsch der russischen

Truppen in Afghanistan den Kampf erklärt und wird in seinem Kampf mit Sicherheit siegen.

Wir sind davon überzeugt, daß die demokratische und antiimperialistische Revolution in Afghanistan durchgeführt werden kann nur unter der revolutionären Führung einer wahrhaft kommunistischen Partei, welche in der Lage sein wird, die Massen zu mobilisieren und sie in den Kampf zu führen. In diesem Kampf, welcher den Zusammenschluß aller freiheitsliebenden Menschen in Afghanistan fordert, die bereit sind, gegen die ausländische Invasion und Fremdherrschaft sowie gegen die innere Reaktion zu kämpfen, stellen die Arbeiter und Bauern die Hauptkraft.

In Afghanistan operieren heute verschiedene Gruppierungen. Manche kollaborieren mit den westlichen Imperialisten, geben sich als "revolutionär" aus und mißbrauchen das Vertrauen des heroischen afghanischen Volkes. Andere arbeiten mit der pakistanischen Reaktion und dadurch oder direkt mit den westlichen Imperialisten zusammen und mißbrauchen die religiösen Überzeugungen der Volksmassen. Dabei werden sie von den

reaktionären Kräften materiell und moralisch unterstützt. Die Marxisten-Leninisten und die wahren Revolutionäre aber, die sich auf ihre eigenen Kräfte stützen, kämpfen Auge um Auge, Zahn um Zahn mit primitiven Kampfmitteln gegen die bis zu den Zähnen bewaffneten russischen und einheimischen reaktionären Streitkräfte.

Unsere Organisation zur Gründung der KP-Afghanistans/ML (Akhgar) erstrebt im Prozeß dieses Kampfes, den reaktionären Taten der opportunistischen Elemente zum Trotz, die Einheit der kommunistischen Bewegung zur Gründung der KP-Afghanistans. Unsere Organisation geht von der Tatsache aus, daß ohne Beteiligung an den Massenkämpfen keine Kommunistische Partei geschaffen werden kann. Daher kämpft sie Schulter an Schulter mit den Massen. Im Verlauf des Befreiungskampfes haben viele unserer Genossen auf den Schlachtfeldern ihr Leben geopfert. Manche wurden eingekerkert und zu Tode gefoltert.

Unsere Organisation beteiligte sich von Anfang an an den Kämpfen und versucht neben der Durchführung des praktischen Kampfes auch die opportunistischen und revisionistischen Schattierungen zu entlarven und zu bekämpfen, um dadurch den Weg zur Einheit der Marxisten-Leninisten und zur Gründung der Kommunistischen Partei Afghanistans zu bahnen.

Wir sind der Meinung, daß die Be-

freiung Afghanistans ein Werk des afghanischen Volkes unter der kühnen Führung einer wahren marxistisch-leninistischen Partei ist, welche die Massen in den Klassenschlachten führt. Dabei ist zweifellos die internationalistische Unterstützung des Weltproletariats eine unabdingbare Voraussetzung zur Abschaffung des fremden Joches. Zweifelsohne verurteilen auch das russische Proletariat und die breiten Volksmassen Rußlands die faschistische Aggression ihres reaktionären sozialimperialistischen Staates in unserem Lande.

Wir fordern alle Kommunisten, Antifaschisten, Antiimperialisten und Revolutionäre auf, die gerechten Kämpfe des afghanischen Volkes gegen die russische Invasion und gegen das Handlanger-Regime von Babrak materiell und moralisch zu unterstützen. Wir sind davon überzeugt, daß das afghanische Volk in seinem Kampf siegen, die Fremdherrschaft stürzen und ein freies und demokratisches Afghanistan schaffen wird.

- ES LEBE DER BEWAFFNETE BEFREIUNGSKAMPF DES AFGHANISCHEN VOLKES !

- NIEDER MIT DER FASCHISTISCHEN AGGRESSION DES SOWJETISCHEN SOZIALIMPERIALISMUS IN AFGHANISTAN !

- NIEDER MIT DEM US-IMPERIALISMUS, DEN ANDEREN IMPERIALISTEN UND DER WELTREAKTION !

- ES LEBE DER PROLETARISCHE INTERNATIONALISMUS !

DOKUMENTATION:

DAS WAHRE GESICHT DER TÜRKEI

108 Seiten, über 100 Fotos, S 22,-

Theorie und Praxis des Marxismus-Leninismus

Herausgegeben vom Marxistisch-Leninistischen Studienkreis der MLPÖ

- 1/78: Über den Kampf der KP Brasiliens gegen Imperialismus und Revisionismus 122 Seiten.....S 10,-
- 2/78: Kritik der "3-Welten-Theorie" durch die KP/ML der Türkei (AO). 112 Seiten S 10,-
- 3/78: Kritik der KP Japans (Linke) an der "Drei-Welten-Theorie". 27 Seiten... S 3,-
- 4/78: Über die Grundfragen der Hegemonie des Proletariats. Anhang: Lenin und Stalin zur Agrarfrage 114 Seiten S 10,-
- 1/79: Der Kampf J.W. Stalins und der Kominform gegen den Tito-Revisionismus 126 Seiten S 10,-
- 2/79: Der Kampf der RKP Chiles gegen die revisionisti-

sche Linie der KP Chinas (Offener Brief vom Nov. 1977) 86 Seiten.....S 12,-

3/79: Über den Klassenkampf in der marxistisch-leninistischen Partei (Artikel von N. Plasari und redaktionelle Bemerkungen dazu. Anhang: Lenin und Stalin zum Thema 164 Seiten S 20,-

4/79: Gemeinsame Erklärung der KP Kolumbiens/ML, der RKP Chiles, der KPML von Ecuador und der Partei Rote Fahne von Venezuela vom September 1978 50 Seiten S 7,-

IN VORBEREITUNG:

Mehmet SHEHU über den nationalen Befreiungskrieg in Albanien

MARXISTISCH-LENINISTISCHE SCHRIFTENREIHE

- 1) W.I. Lenin: Unter fremder Flagge - Rede in der Moskauer Organisation 1920 - Rede am VIII. Sowjetkongreß 64 Seiten.....S 6,-
- 2) Lenin/Stalin: Zu einigen Fragen des bewaffneten Kampfes der Massen und des individuellen Terrors..64 Seiten...S 6,-
- 3) J.W. Stalin: Über Selbstkritik, über Massenlinie, über den Kampf gegen Bürokratismus und Liberalismus 30 Seiten S 3,-
- 4) J.W. Stalin: Über einige Fragen der Geschichte des Bolschewismus 20 Seiten S 3,-
- 5) J.W. Stalin: Über die Mängel der Parteiarbeit 48 Seiten S 6,-
- 6) Lenin/Stalin: Hauptmerkmale der Partei neuen Typus 32 Seiten S 4,-
- 7) Programm der Kommunistischen Internationale - Stalin über das KI-Programm 92 Seiten S 7,-